

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2019



DDR-Zwangsadoptionen

Ehrung für Oskar Brüsewitz

Gysi als Festredner?

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Entschädigung für DDR-Flüchtlinge
Open-Air-Ausstellung zum Mauerfall
Neuer Direktor
Wichtige Fragen noch ungeklärt

Recht

- 4 Zwangsadoptionen in der DDR
- 5 „And justice for all“

Aufarbeitung

- 6 Zum 90. Geburtstag von Pfarrer Brüsewitz

Dokumentiert

- 9 Fake News zur Friedlichen Revolution?
23. August 2019

Berichte

- 10 Von Adenauer zu Adenauer
- 11 Erinnerung an jugendliche Opfer

Verbände

- 12 Einladung zur Enthüllung einer Gedenktafel
Die Bilanz eines Wunders
- 13 Einladung zum XXIX. Mahn- und Gedenktreffen
30. Gedenkveranstaltung
- 14 Kooperative Veranstaltung
Leserbrief
Suchanzeigen
- 15 Abschied

Zeitzeugen

- 16 Viele Jahre spurlos verschwunden
- 17 „Genossen, wir müssen alles wissen!“

Service/Bücher

- 18 Heimatwirr
Geschönte DDR
- 19 Stintenburg

Service/Veranstaltungen

17–19

Editorial

30 Jahre deutsche Einheit – eine (Zwischen-)Bilanz

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

fast könnte man glauben, daß der Jahrestag der deutschen Einheit überraschend gekommen sei. Jedenfalls könnte man angesichts der hektischen Aktivitäten im Deutschen Bundestag, sowohl was die Feierlichkeiten, als auch – noch viel wichtiger – was die Gesetzgebungsvorhaben betrifft, auf diesen Gedanken kommen.

Positiv zu bewerten ist, daß in den letzten Monaten Bewegung gekommen ist in die Anliegen der Opfergruppen, die in verschiedenster Weise wichtig sind. Die Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die Bundesratsinitiativen und die Anträge der Regierungsfaktionen zur Besserstellung der SED-Opfer befinden sich zurzeit in den Gremien des Deutschen Bundestages und werden dort beraten.

Sowohl die Bundesratsbitten als auch der Antrag der Regierungsfaktionen zu diesem Themenkreis sind, schaut man die Details an, für Fachleute wie uns einfach zu lesen und zu verstehen. Für die meisten Abgeordneten ist es jedoch viel Mühe – wenn sie diese aufwenden –, die Einzelregelungen und deren Notwendigkeiten zu erfassen und zu erkennen. Wir versuchen als UOKG so gut, wie wir es können, diesen Prozeß zu begleiten.

Im Herbst 2019, so der Plan, wird der Bundestag dann die einzelnen gesetzlichen Regelungen treffen. Bis dahin möchte

ich Sie bitten, wenn Sie eine Möglichkeit haben, Ihre örtlichen Bundestagsabgeordneten anzusprechen und sie auf diese komplexe Materie hinzuweisen. Es geht hier nicht um einzelne Betroffene, sondern um viele und sehr unterschiedliche Opfergruppen und Einzelschicksale. Was jetzt im Vorjahr des 30. Jahrestages der deutschen Einheit nicht auf den Weg gebracht ist bzw. „festgeklopft“ wird, wird wohl nie kommen.

Ganz besonders froh bin ich persönlich darüber, daß nach der Umstrukturierung der Stasiunterlagenbehörde ein Opferbeauftragter auf Bundesebene mit breiten Kompetenzen als Ansprechpartner für unsere Anliegen kommen wird. Ebenso halte ich für wichtig, daß es uns gelungen ist, eine Mehrheit im Deutschen Bundestag zu finden, um ein Kompetenzzentrum zur Begutachtung verfolgungsbedingter Schäden an der Universität Magdeburg verbunden mit einem Netzwerk einzurichten. Die Odyssee der Opfer von einem Gutachter zum anderen muß – und da bin ich optimistisch –, aufhören. Auch, daß unser Mahnmal für die Opfer des Kommunismus nunmehr sicher ist, ist ein wichtiges Zeichen. Viele Einzelregelungen werden beraten und sind in Arbeit, Sie können dies auch auf unserer Informationsseite finden.

Ich wünsche Ihnen allen Gesundheit, Kraft und einen schönen Sommer.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

Umschlagbild

Vor 58 Jahren – Bau der Berliner Mauer 1961.

Foto: Bundesarchiv,

Bild 183-88574-0004/Stöhr/CC-BY-SA 3.0

Entschädigung für DDR-Flüchtlinge

(ab)DDR-Flüchtlinge können Anspruch auf besondere Hilfen und Entschädigung haben, wenn die Flucht zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führte. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sprach am 24. Juli einem Mann entsprechende Leistungen im Grundsatz zu. Der Begründung nach gilt das Urteil auch bei einem gescheiterten Fluchtversuch (Az: 8 C 1.19).

Der Kläger war im Dezember 1988 unter nach seinen Angaben dramatischen Umständen mit seinem Bruder aus der DDR nach West-Berlin geflohen. Er machte geltend, dies habe ihn traumatisiert und

zu einer psychischen Erkrankung geführt, die noch heute fortwirke.

Vom Land Brandenburg verlangte er eine verwaltungsrechtliche Rehabilitation. Diese führt zu verschiedenen Entschädigungsansprüchen, etwa dem Ersatz von Behandlungskosten oder auch für materielle Schäden.

Das Land und in der Vorinstanz auch das Verwaltungsgericht Potsdam hatten dies abgelehnt. Eine verwaltungsrechtliche Rehabilitation komme nur nach individueller Verfolgung in Betracht. Die DDR-Grenzsicherung habe sich aber gegen die gesamte DDR-Bevölkerung gerichtet. ✖

Open-Air-Ausstellung zum Mauerfall

(bw)Auf dem Vorplatz des Abgeordnetenhauses in der Niederkirchnerstraße 5 wurde am 3. Juli die Open-Air-Ausstellung „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ eröffnet.

Die Ausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer wird bis Mitte September gezeigt. Anlaß ist der 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR und des Mauerfalls 1989.

Die Open-Air-Ausstellung erinnert an die Fluchtbewegung im Sommer und die Massenproteste im Herbst 1989, die die SED-Diktatur in die Knie zwangen. Sie berichtet von der Selbstdemokratisierung der DDR, der deutsch-deutschen Solidari-

tät und den Weichenstellungen auf dem Weg zur deutschen Einheit 1990. 20 Tafeln präsentieren prägnante Texte, über 100 zeithistorische Fotos und Dokumente sowie QR-Codes, die auf Zeitzeugeninterviews im Internet verlinken.

Die großformatige Schau, die unmittelbar am einstigen Mauerverlauf steht, soll auch bundesweit zum Beispiel in Schulen, Rathausfoyers, in Volkshochschulen, Stadtbibliotheken oder Kirchen gezeigt werden. Dazu wurden 1000 Poster-Sets im Format DIN A1 für die historisch-politische Bildungsarbeit gedruckt. Die Ausstellung kann gegen eine Schutzgebühr von 30 Euro bestellt werden unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/revolution89. ✖

Neuer Direktor

(uokg)Der Stiftungsrat der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat sich einstimmig für einen neuen Direktor entschieden. Dr. Helge Heidemeyer wird die Nachfolge von Dr. Hubertus Knabe antreten. Dies hat die Senatsverwaltung für Kultur und Medien mitgeteilt.

Der Stiftungsrat schloß sich mit seiner Entscheidung dem einhelligen Votum der Findungskommission an, welcher auch Dr. Christian Sachse, wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG, angehörte.

Heidemeyer ist seit 2008 Leiter der Abteilung Bildung und Forschung beim Bun-

desbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und soll das neue Amt bereits im Herbst 2019 antreten.

„Dr. Heidemeyer ist eine gute Wahl“, so Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und Angehöriger des Stiftungsrates der Gedenkstätte. „Die Opferverbände erwarten, daß die Zeitzeugen auch zukünftig eine wichtige Rolle in der Arbeit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen einnehmen werden, um der Authentizität des Ortes gerecht zu werden.“ ✖

Wichtige Fragen noch ungeklärt

(hib/st)Nach dem Willen des Kulturausschusses sollen die Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs überführt werden, die Bestimmungen des Stasi-Unterlagengesetzes weiterhin gelten und das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu einem Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur weiterentwickelt werden. Der Kulturausschuß verabschiedete am 26.6. einen entsprechenden gemeinsamen Entschließungsantrag der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Koalition und der FDP-Fraktion.

Mit dem Entschließungsantrag wird das vom Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, und vom Bundesarchiv vorgelegte Konzept zur Zukunft der Stasi-Akten ausdrücklich begrüßt. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die „besondere Sensibilität der Stasi-Akten“ berücksichtigt. So soll der Zugang und die Nutzung der Stasi-Unterlagen für die Gesellschaft, die Forschung und die politische Bildung vollumfänglich erhalten werden und durch eine archivgerechte Lagerung und Digitalisierung erhalten bleiben. Der Standort der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg soll zu einem „Ort der Diktatur- und Demokratieggeschichte“ mit Bildungs- und Informationsangeboten ausgebaut werden.

Kritik daran geübt hat u.a. das Berliner Bürgerkomitee 15. Januar. Nicht geklärt seien die Zukunft der zwölf Außenstellen des BStU und der Stasi-Forschung. Die Zusammenarbeit mit Aufarbeitungsinstitutionen in Mitteleuropa sei ungewiß. Auch drohe die Politisierung der Akten und der Stasi-Überprüfung. Das Letztentscheidungsrecht, welche Akten herausgegeben würden, habe bisher ein unabhängiger Bundesbeauftragter gehabt, in Zukunft liege es bei einem weisungsgebundenen Bundesbeamten. ✖

Bürgerberatung

Nach dem Umzug des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur findet auch die Bürgerberatung zur Rehabilitation und Entschädigung von Opfern der SBZ/DDR und zur Stasiakten-Einsicht ab sofort in der Franz-Jacob-Str. 4B in 10369 Berlin-Lichtenberg statt.

Verkehrsverbindung: S-Bhf. Storkower Str, S8, S41, S85, Busse 156, 240; Telefonnummern und E-Mail-Adressen bleiben erhalten.

Zwangsadoptionen in der DDR

Bundestag hat Entschließungsantrag verabschiedet

Das Thema Zwangsadoption in der DDR ist ein ganz besonders emotionales Thema, welches wohl auch aufgrund dessen in den Medien eine besondere Beachtung findet. Seit vielen Jahren setzt sich die UOKG zusammen mit ihrem Mitgliedsverein „Opfer von Zwangsadoptionen“ für die Aufarbeitung ein.

1975 berichtete der Spiegel erstmals über mutmaßliche Zwangsadoptionen in der DDR. Nach der Wiedervereinigung wurde im Einigungsvertrag die Möglichkeit geschaffen, nach DDR-Recht ergangene Adoptionen gerichtlich überprüfen zu lassen. Mit der getroffenen Regelung wurde die Bestandskraft der Adoptionen also grundsätzlich in Frage gestellt. Die Überprüfungs- und Aufhebungsmöglichkeiten waren jedoch zeitlich begrenzt und standen unter den im § 1761 BGB normierten Aufhebungssperren.

1991 wurde die sogenannte Clearingstelle eingerichtet, nachdem im Keller des Rathauses Berlin-Mitte Akten gefunden worden waren, welche auf Zwangsadoptionen in der DDR hindeuteten. Mit der von der Clearingstelle sehr eng angewandten Definition der Zwangsadoption konnten lediglich sieben Fälle festgestellt werden. Exakte Forschungen zu den Zahlen hat es bis heute nicht gegeben.

Im Februar 2018 wurde dann eine Pilotstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie/Ostbeauftragte für die neuen Bundesländer vorgestellt. Dem waren vielen Gespräche von Seiten der UOKG vorausgegangen.

„Dimensionen und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR-Adoptionsverfahren 1966–1990“ ist der Titel dieser Pilotstudie bzw. Vorstudie. Sie hat ergeben, daß die Adoption zwar nicht als ein systematisch angewandtes Mittel der Repressionspolitik des SED-Regimes genutzt wurde, aber zureichende Erkenntnisse weisen darauf hin, daß sich das Phänomen der politisch motivierten Adoptionen nicht auf die in der Forschungsliteratur präzise aufbereiteten sieben Fälle beschränkt. Hinsichtlich einer genauen Zahl konnten sich die Forscher nur auf eine Plausibilitätsannahme beschränken, mit einem Ergebnis von circa 340 Fällen. Zudem stellten sie gemäß ihrer Aufgabe fest, daß eine

Hauptstudie machbar ist. Derweil wird daran gearbeitet, die Voraussetzungen einer Hauptstudie zu schaffen, was insbesondere datenschutzrechtliche Probleme mit sich bringt.

Am 28. Juni hat sich ganz aktuell nunmehr der Bundestag mit dem Thema Zwangsadoption beschäftigt. So hat die Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD dem Plenum des Bundestages einen Entschließungsantrag vorgelegt, der zum einen die Schaffung der Voraussetzung für eine Hauptstudie unterstützen soll und darüber hinaus Vorschläge für die Aufarbeitung der Zwangsadoption enthält.

Der Entschließungsantrag mit dem Titel „Aufarbeitung Zwangsadoption in der SBZ/DDR 1945 – 1989“ wurde nach Wortbeiträgen aller Parteien bei Enthaltung der FDP beschlossen. Darin fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. das Leid der Betroffenen von Zwangsadoptionen in der ehemaligen SBZ/DDR als politische Opfer anzuerkennen. Dafür ist es erforderlich, auf den Forschungsarbeiten aufsetzend eine aussagekräftige und vor allem realitätsnahe Definition des Begriffs der Zwangsadoption zu schaffen.
2. eine zentrale Vermittlungsstelle auf Bundesebene einzurichten. Leibliche Eltern und mögliche zwangsadoptierte Kinder sollen sich an diese Stelle wenden können. Vorbild dafür soll die 1993 beim Berliner Senat gebildete Clearingstelle sein. Die Aufgabenbestimmung der Vermittlungsstelle verlangt nach einer sachgerechten Bestimmung der zu untersuchenden Fälle.
3. unter Einbeziehung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) eine datenschutzkonforme DNA-Datenbank einzurichten. Unter Berücksichtigung der Sensibilität der Daten ist eine verhältnismäßige Ausgestaltung notwendig, um auch in denjenigen Fällen, in denen Unterlagen nicht oder nicht mehr vorhanden sind, eine Aufklärung zu ermöglichen. Insbesondere sollen sich

leibliche Eltern, deren Kind zwischen 1945 und 1990 zwangsadoptiert worden ist oder die fürchten, daß ihnen ein angeblich verstorbene Kind entzogen worden ist, auf freiwilliger Basis registrieren lassen können. Möglicherweise adoptierte Kinder sollen sich ebenfalls in der Datenbank erfassen lassen können. Es soll ein Internetportal geschaffen werden, in dem die Geburtsdetails der vermißten Kinder verzeichnet werden können, um auf diese Weise einen niedrigschwelligen Zugang zu ermöglichen.

4. zu prüfen, inwieweit die bestehenden rechtlichen Grundlagen für die Betroffenen von Zwangsadoptionen in der ehemaligen SBZ/DDR, besonders zwangsweise adoptierte Kinder und deren leibliche Eltern, verbessert werden können. Die Umstände der Adoption sind im Rahmen von Forschungen aufzuarbeiten. Dazu gehören der dauerhafte Erhalt der Akten und die Akteneinsicht.
5. die wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema durch erforderliche Gesetzesänderungen zu ermöglichen.
6. die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema zu stärken.

Unter 3. ist neben dem Thema „Zwangsadoption“ auch das Thema „Säuglingstod“ aufgenommen worden. Dies ist auf die derzeit anhängige Petition „Zwangsadoption und ungeklärter Säuglingstod in der ehemaligen DDR“ zurückzuführen, die im letzten Jahr dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages von der „Interessengemeinschaft Gestohlene Kinder der DDR“ vorgelegt wurde. Die Petitionsübergabe hatte für ein großes mediales Echo gesorgt, so daß sich der Petitionsausschuß kurzfristig entschloß, eine öffentliche Anhörung durchzuführen, welche am 25. Juni 2018 stattfand. Neben den Autoren der Pilotstudie war unter den geladenen Sachverständigen auch Dr. Christian Sachse, wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG.

Das Thema „Säuglingstod“ ist sehr umstritten. Bis heute gibt es keinen einzigen Fall, in dem nachgewiesen wurde, daß ein Säugling offiziell von Stellen der DDR für tot erklärt wurde, in Wahrheit aber der Säugling zur Adoption für eine leibliche Familie freigegeben oder gar in den Westen verkauft wurde. Daß z.B. in der Serie „Weißensee“ genau ein solches

Szenario dem Zuschauer vorgespielt wurde, trägt zu einer großen Verunsicherung der Betroffenen bei.

Nichts desto trotz ist der Vorstoß der Regierungskoalition sehr zu begrüßen.

Arnold Vaatz (CDU), Initiator des gemeinsamen Entschließungsantrages, äußerte gegenüber der FAZ, daß nach dreißig Jahren auch dieses Kapitel von DDR-Unrecht aufgeklärt werden müsse. Vaatz stellte aber auch klar, daß kein Generalverdacht gegenüber allen in der

DDR vollzogenen Adoptionen entstehen soll. Vielmehr solle allen betroffenen Eltern und Kindern die Möglichkeit der Aufklärung geboten werden.

Kritisch über den Entschließungsantrag äußerte sich die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern, Anne Drescher. Zwar könnten die formulierten Forderungen für eine Studie zum Thema „Adoption“ – Drescher spricht explizit nicht von Zwangsadoption – durchaus bejaht werden, eine zentrale Clearing-

stelle und weitere Forderungen seien aber unangebrachter Aktionismus und Geldverschwendung.

Für die Zukunft wird zu beobachten sein, inwieweit die Bundesregierung das Vorhaben umsetzt. Es müssen zunächst Mittel für die Studie zu DDR-Zwangsadoptionen in den kommenden Haushalt eingestellt und eine datenschutzrechtliche Grundlage für die Forschungen geschaffen werden.

Benjamin Baumgart, Ass. Jur.

„And justice for all“

Rehabilitierung aller Insassen des Kindergefängnisses Bad Freienwalde zum Greifen nah

Bereits mit der Einladung zur Anhörung im Landgericht Frankfurt (Oder) war den Beteiligten klar: Der Wind im Land Brandenburg hat sich gedreht. Denn am 27. Juni 2019 wurde mit dem Fall von André Pahl erstmals öffentlich ein Rehabilitierungsverfahren eines ehemaligen Insassen des DDR-Kindergefängnisses Bad Freienwalde verhandelt. Neu ist auch, daß der Betroffene hierbei persönlich angehört und Zeugen zu den damaligen Geschehnissen befragt wurden. Das ist ein Paradigmenwechsel: Bisher wurden die Verhandlungen nach Aktenlage, ohne persönliche Anhörung und ohne Zeugenbefragung durchgeführt.

Pahl hatte sich für den Tag eigens ein T-Shirt der Rockband Metallica angezogen. In fetten Lettern prangt darauf „And justice for all“ („Und Gerechtigkeit für alle“). Eine Zeitung wird später schreiben, es sei für ein Gericht eine eher unübliche Kleidung, aber aus Sicht der Betroffenen mache es durchaus Sinn. André Pahl hat schon zwei verlorene Verfahren ohne Anhörung hinter sich. Er ließ nicht locker und beantragte die Wiederaufnahme. Gleich zu Beginn der Verhandlung folgte der Paukenschlag. Die Vorsitzende Richterin Solveig Seidel erklärte, für die Menschen, die dort zu DDR-Zeiten leben mußten, sei es schwer zu ertragen, wie Kriminelle behandelt zu werden. Deshalb lege das Gericht nun großen Wert darauf, daß amtlich festgestellt wird: Sie waren zu Unrecht dort.

Es scheint nun so, daß knapp 40 Jahre nach der Inhaftierung und nach der demütigenden Tortur durch die Gerichte in den letzten 20 Jahren die Rehabilitierung

für alle ehemaligen Insassen zum Greifen nah ist. Es wird zwar bei Einzelfallentscheidungen bleiben, aber die Grundlinie, „Wer als Kind oder Jugendlicher in Bad Freienwalde eingesperrt wurde, hat ein Recht auf Rehabilitierung“, war unstrittig. Es gilt nur noch festzustellen, wann genau jemand dort eingesperrt war. Ein finaler Beschluß wurde an dem Tag noch nicht gefaßt. Der soll dann dem Antragsteller zugestellt werden.

Nach Informationen des Betroffenenvereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.“ wurden bisher fast alle ähnlich gelagerten Rehabilitierungsanträge abschlägig beschieden. Die Urteile standen u.a. deswegen in scharfer Kritik, weil sich die Begründung nahezu ausschließlich auf Akten stützte, die von DDR-Behörden geführt wurden. Darin wurden die Kinder oft per se als Straftäter eingestuft; politische Hintergründe wurden in der Regel nicht aktenkundig. Bereits 2015 rügte das Bundesverfassungsgericht gravierende Fehler von Brandenburger Gerichten beim Rehabilitierungsverfahren der ehemaligen Insassin von Bad Freienwalde, Norda Krauel. Im darauf folgenden Revisionsverfahren wurde Krauel rehabilitiert.

Unterstützung aus der Landespolitik bekamen die ehemaligen Insassen vor allem von der Grünen-Abgeordneten Heide Schinowsky. Sie forderte, öffentliche Verhandlungen müßten in solchen Fällen „von der Ausnahme zur Regel werden“. Die in der Vergangenheit zumeist abschlägigen Urteile nach Aktenlage seien für die Betroffenen „ein herber Schlag“ gewesen und „oft verbunden mit Zweifeln am heutigen Rechtsstaat.“

Als einen „Meilenstein“ bezeichnete der Sprecher des Vereins „DDR-Kindergefängnis Bad Freienwalde e.V.“, Roland Herrmann, die nun erstmals öffentlich durchgeführte Verhandlung: „Endlich konnten wir persönlich vor Gericht über die skandalösen Bedingungen im DDR-Kindergefängnis berichten. Der jahrelange Kampf hat sich gelohnt.“ Neben Pahl wurden auch Herrmann und Krauel als Zeugen gehört.

Verein Kindergefängnis
Bad Freienwalde



André Pahl, Norda Krauel und Roland Herrmann vor dem Gebäude des Landgerichts.

Zum 90. Geburtstag von Pfarrer Oskar Brüsewitz am 30. Mai 2019

Ehrung für christlichen Widerstand gegen das SED-Regime –
korrigierte Gedenktafel dank UOKG-Protest – neue Erkenntnisse

Am 30. Mai 2019 hätte der Pfarrer Oskar Brüsewitz seinen 90. Geburtstag gefeiert. In Ostpreußen geboren, wohnte er ab 1969 in dem Dorf Rippicha nahe der Dom- und Residenzstadt Zeitz und



Kirche von Rippicha (2017) – wieder mit Christuskreuz aus Leuchstoffröhren, wie es Oskar Brüsewitz hatte anbringen lassen.

war für neun Dörfer zuständig. Mit großem Engagement gelang es ihm, das am Boden liegende kirchliche Gemeindeleben zu aktivieren. Erfolgreich setzte er eigene Ideen um, vor allem um Jugendliche für Gottes Wort und die Kirche zu begeistern. Da wurde Fußball gespielt, ein evangelischer Kinderspielplatz – entgegen den DDR-Gesetzen – eingerichtet und Kaninchen wurden in Gottesdiensten einbezogen. Menschen, die daran teilnahmen, erinnern sich noch heute gern

an die Aufbruchstimmung mit diesem neuen Pfarrer.

Gemeinsam mit evangelischen und katholischen Pastoren organisierte er Kinderveranstaltungen, die großen Zulauf fanden. Er gehörte zu denen, die die kirchenfeindliche SED-Politik aktiv bekämpften und sich durch staatlichen Druck nicht davon abhalten ließen, in der Öffentlichkeit missionarisch tätig zu sein. Machte der Staat mit der kommunistischen Parole „Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein“ Werbung, so konterte Brüsewitz öffentlich mit einem großen Schild: „Ohne Sonne, ohne Gott geht die ganze Welt bankrott“ (1). Die Kinder holte er zu seinen kirchlichen Veranstaltungen an der Dorfschule ab.

Das bis zur Autobahn leuchtende Neonkreuz an seinem Kirchturm und zahlreiche andere, für die DDR-Zeit spektakuläre Vorkommnisse füllen inzwischen viele Buchseiten. Oberkirchenrat und Ministerpräsident Manfred Stolpe schrieb später über diese Zeit: „Oskar Brüsewitz war ein Vorbote des Systemwechsels. Nicht Einzelverbesserungen, sondern nur eine generelle Wende zur Freiheit konnte auch Gewissensfreiheit bringen. Er spürte die Richtung der Lösung.“ (2) Öffentlich prophezeite Brüsewitz: „Unsere Kirchenglocken werden noch läuten, wenn sich draußen keiner mehr an Marxismus-Leninismus erinnert“, und: „Sie werden eines Tages aufstehen und feststellen, daß der Marxismus nicht mehr existiert.“ (3)

Einfache DDR-Bürger wären für solche Sätze im Gefängnis gelandet. Brüsewitz war als Pfarrer davor geschützt. Doch versuchte der DDR-Staat ihn auf andere Weise zum Schweigen zu bringen. SED, Staatssicherheitsdienst und Behörden machten ihm das Leben schwer. Aus der Bezirkshauptstadt Halle reisten

SED-Schulfunktionäre an und bedrängten den Schuldirektor Ferdinand Walter, aktiv gegen Brüsewitz vorzugehen. Hier gehe es um Klassenkampf! Walter blieb jedoch bei seinem toleranten Verhältnis zum Dorfpfarrer und wurde 1974 durch einen linientreuen Schuldirektor ersetzt.

Lehrer besuchten die Eltern der Schüler und drohten ihnen: „Wenn Sie die Kinder weiter zu dem Staatsfeind schicken, dann werden sie das zu spüren bekommen.“ (4) Weil ein von Brüsewitz organisiertes Kinderfest gegen DDR-Gesetze verstieß, wurde Brüsewitz zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, die er nicht bezahlen konnte. Die katholische Gemeinde half und spendete das Geld. Wer Widerstand gegen die „Diktatur des Proletariats“ leisten wollte, mußte hin und wieder deren Gesetze brechen – und bisweilen auch kirchliche Dienstvorschriften.

Der DDR-Staat übte besonders nach 1974 auf die Kirchenleitungen in Zeitz und Magdeburg massiven Druck aus: Man solle Brüsewitz dazu bewegen, nach Westdeutschland auszuwandern. Unglücklicherweise zeigten die Vorgesetzten von Brüsewitz, ab 1974 Superintendent Joachim Hildebrandt, Oberkonsistorialrat Harald Schultze und andere, nicht das



Grabstätte von Oskar Brüsewitz hinter der Kirche in Rippicha.

- (1) Klier, F.: Oskar Brüsewitz. Leben und Tod eines mutigen DDR-Pfarrers. Hrsg. Bürgerbüro Berlin 2006
- (2) Stolpe, M.: Das Fanal von Zeitz hat die DDR verändert. In: Ich werde dann gehen. Erinnerungen an Oskar Brüsewitz. Hrsg.: Krampitz, Tautz u. Ziebarth. Leipzig 2006, S. 173
- (3) Schmidt, O. u. H. Schmidt: Oskar Brüsewitz. Ein mutiger Pfarrer aus Rippicha bei Zeitz. Hrsg. Gemeinde Droßdorf 2009; Schmidt, O. u. H. Schmidt: Die Opfer der Diktaturen vor und nach 1945 in Zeitz. Zeitz 2005
- (4) Hildebrandt, J.: Unterwegs im Wandel der Zeiten. Halle 2005, S. 297

erforderliche Verständnis für die mutigen, öffentlichen Widerstands- und Missionsaktionen. Brüsewitz paßte nicht in das auf einen Burgfrieden ausgerichtete Konzept „Kirche im Sozialismus“.

Staatlichen Forderungen entsprechend bedrängte die Kirchenleitung Brüsewitz, seine Pfarrstelle zu verlassen. Das war für ihn jedoch unannehmbar. Am 18. August 1976 stellte er vor der Michaeliskirche mit Sicht auf das Zeitzer Rathaus Protestschilder auf, unter anderem mit dem Satz: „Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen.“ Er übergab sich mit Benzin und zündete sich an. Zwei Tage später verstarb er an den schweren Brandverletzungen. Die SED-Zeitung „Neues Deutschland“ verunglimpfte ihn als geisteskranken Psychopathen.

Die Kirchenleitung sah sich veranlaßt, ihr Verhältnis zur SED-Führung zu verändern. Von nun an gab sie innerhalb der Kirche dem Widerstand gegen die SED-Diktatur mehr Raum mit weitreichenden Folgen, wie an anderer Stelle bereits ausführlich beschrieben wurde.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands gab es innerhalb der evangelischen Kirche eine Diskussion darüber, ob Brüsewitz ein Märtyrer sei. Bezweifelt wurde das u. a. von einigen kirchlichen Mitarbeitern, die in den 1970er Jahren mit Brüsewitz persönliche Konflikte wegen seiner Widerstandsaktionen hatten (4, 5). Die höchsten Gremien der katholischen und evangelischen Kirche, die Deutsche Bischofskonferenz und die EKD gaben gemeinsam eine offizielle Aufstellung der christlichen Märtyrer des 20. Jahrhunderts heraus. In dieser ist Pfarrer Brüsewitz als einer der wenigen Märtyrer in Deutschland nach 1945 aufgeführt (6).

Ehrungen anläßlich seines 90. Geburtstages

Würden sich die Ehrungen für Oskar Brüsewitz allein auf das Datum seiner Selbstverbrennung beziehen, wäre das eine unangemessene Verkürzung seiner Lebensleistung, hatte er doch bereits seit vielen Jahren christlich motivierten, öffentlichen Widerstand gegen die Diktatur und erfolgreiche Missionsarbeit geleistet. Um sein ganzes Leben, auch mit seinen fröhlichen und lustigen Ereignissen, in den Blick zu nehmen, sind seine Geburts- tage die bessere Gelegenheit.



Foto: I. Michael Sander

Michaeliskirche in Zeitz mit Gedenksäule.

Anläßlich seines 80. Geburtstags 2009 sprach unter anderem Günter Nooke in Vertretung der Bundeskanzlerin in Drosdorf bei Zeitz. Er sagte, daß es in Ostdeutschland heute keine Unterdrückung der Kirche mehr gäbe, das verdanken wir auch Oskar Brüsewitz. „Er war einer der Anfänge vom Ende der DDR.“ (7)

Anläßlich seines 90. Geburtstages im Mai 2019 fanden nach vorangegangenen Diskussionen (8) gleich mehrere hochrangige Veranstaltungen statt.

Im **Merseburger Dom** wurde am 24. Mai im Rahmen des Themenwochenendes „Oskar Brüsewitz – im Gedenken an seinen 90. Geburtstag“ eine Abendmusik veranstaltet. Am 25. Mai wurde die **Orgelsinfonie Nr. 2 „Das Flammenzeichen in honorem Oskar Brüsewitz“** von O. G. Blarr aufgeführt. Passend zum Anlaß sprach Bischof a. D. Axel Noack. Die Uraufführung dieser Orgelsinfonie hatte bereits am 6. Mai 2019 in Düsseldorf stattgefunden.

In **Zeitz** fand am 29. Mai 2019 in der Michaeliskirche ein „Gedenkkonzert in Erinnerung an Oskar Brüsewitz“ mit dem Kammerchor Zeitz statt. Organisiert wurde dies von der Stiftung „Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz“.

Neben zahlreichen Zeitzer Bürgern nahmen unter anderem auch Regionalbischof Dr. Johann Schneider, Oberbürgermeister

Christian Thieme, Bundestagsabgeordnete, ehemalige Pfarrkollegen von Oskar Brüsewitz und Familienangehörige teil.

Bischof Dr. Johann Schneider legte in seiner Ansprache besonderen Wert auf die Tatsache, daß Pfarrer Brüsewitz nicht nur 1976, sondern bereits vorher jahrelang für eine klare und freie Verkündigung der christlichen Botschaft eintrat.

Neue, wichtige Gesichtspunkte enthielt ein Beitrag von Propst i. R. Dr. Gerhard Nachtwei. Er war in den 1970er Jahren in Zeitz katholischer Seelsorger und mit Pfarrer Brüsewitz regelmäßig in engem Kontakt. Er wendete sich in seiner Ansprache gegen die Verunglimpfungen, die erst kürzlich gegen Oskar Brüsewitz vorgebracht wurden, um die DDR-Verhältnisse zu beschönigen und die Staatssicherheit zu verharmlosen.

Unter Bezug auf eine Promotionsarbeit über Brüsewitz, die 2015 vom Mitglied der Partei Die LINKE, Karsten Krampitz,



- (5) Schultze, H.: Brüsewitz, Oskar. In: „Ihr Ende Schaut an...“ Evang. Märtyrer des 20. Jh. Hrsg. H. Schultze. u. A. Kurschat. Leipzig 2006, S. 617–619
- (6) Silomon, A.: Oskar Brüsewitz. In: Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jh. Hrsg. im Auftrag der Dt. Bischofskonferenz und der EKD, 2000, S. 439–458
- (7) Schmidt O.: Wir warten nicht auf den Kommunismus. Freiheitsglocke Nr. 681/682, 2009, S. 10–11
- (8) Meinhardt, Y.: Öffentliche Selbstverbrennung. Welche Ehre ist für Oskar Brüsewitz angemessen? Mitteldeutsche Zeitung. 28.02.2019 <https://www.mz-web.de/zeit/oeffentliche-selbstverbrennung-welche-ehre-ist-fuer-oskar-bruesewitz-angemessen--32111370>

vorgelegt wurde, sagte Nachtwei: „Da schreibt jemand: *Oskar Brüsewitz hatte keine Freunde*. Ich habe 5 Jahre mit ihm zusammengearbeitet. Er hatte Freunde. Wir drei katholische Priester von Zeitz,

Die Veranstaltung war eine würdige Ehrung des Pfarrers Brüsewitz. Zugleich wurde an den Beiträgen von Dr. Nachtwei, Esther Fröbel und anderen sichtbar, daß wichtige Fakten aus dem Leben von Oskar Brüsewitz noch immer nicht dokumentiert sind. Das macht es seinen ehemaligen Kritikern in Staat und Kirche, von denen einige heute noch in Ämtern und Organisationen wirksam sind, leicht, ihn weiterhin zu verunglimpfen und die damalige Diktatur zu verharmlosen.

Man darf nicht vergessen, daß es die SED unter verändertem Namen noch immer gibt. Ehemalige SED-Parteimitglieder sitzen heute in Stadträten, Parlamenten und im Bundestag. Der deutsche Staat sollte den 90. Geburts-

tag von Pfarrer Brüsewitz zum Anlaß nehmen, die Aussagen der Zeitzeugen und andere wichtige Fakten aus dem Leben dieses christlichen Widerständlers gegen die SED-Diktatur professionell zu dokumentieren (9), solange die Zeitzeugen noch existieren.

Aus Achtung vor dem, was das wiedervereinigte Deutschland Pfarrer Brüsewitz und seinen damaligen Unterstützern verdankt, darf die Aufarbeitung seines Schicksals nicht nur interessengelenkten Mitgliedern der SED-Nachfolgeorganisation, kirchlichen Mitarbeitern und Hobbyforschern überlassen bleiben!

Einweihung einer korrigierten Brüsewitz-Gedenktafel

An der Brüsewitz-Säule, die auf städtischem Gebiet vor der Zeitzer Michaeliskirche steht, wurde am 29.5.2019 durch die Domstifter eine neue Gedenktafel eingeweiht. Sie erinnert daran, daß sich Oskar Brüsewitz 1976 aus Protest gegen die Unterdrückung durch das SED-Regime an dieser Stelle selbst verbrannt hatte.

Die Vorgängertafel aus dem Jahr 2017 hatte eine jahrelange Kontroverse ausgelöst. Auf ihr war zu lesen, Brüsewitz habe sich aus Protest gegen „Bevormundung“ verbrannt. In dieser Formulierung sahen Kritiker eine bewußte Verfälschung und Verharmlosung dessen, wogegen Brüsewitz 1976 protestierte. Verwendete er doch auf seinem letzten Protestschild selber die Formulierung „gegen Unterdrückung“.

Trotz mehrfacher Bitten und Proteste von Bürgern und der UOKG gegen den Text des Vorgängerschildes, lehnte die Zeitzer Stadtverwaltung eine Änderung des Textes, der von der evangelischen Kirche geliefert worden war, ab (10). Anfang 2019 stellte ein Reporter des Deutschlandfunks fest, daß die Tafel gestohlen worden war. Die Domstifter spendeten daraufhin eine neue Tafel, stimmten den Text u. a. mit der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker, in Magdeburg ab und weihten die Tafel am 29. Mai 2019 ein.

Stiftungsdirektor Kunde verlas ein **Grußwort des Liedermachers Wolf Biermann**, in dem es unter anderem hieß: „Wer weiß, wann und wie ohne das Beispiel solch mutiger Menschen wie Pastor Brüsewitz die Sklaverei der DDR-Diktatur zusammengebrochen wäre. Das Fanal in Zeitz vor 42 Jahren erinnert mich daran, daß wir Deutschen seit der Wiedervereinigung tausendmal mehr Grund zur Freude haben als zum Klagen.“

Ausblick

Die Feierlichkeiten 2019 in Zeitz und Merseburg anläßlich des 90. Geburtstages von Pfarrer Brüsewitz brachten so viele positive Aspekte mit sich, daß sich von selbst die Frage stellt, ob man mit der nächsten Erinnerungsveranstaltung an den Geburtstag des Pfarrers wirklich, wie in der Vergangenheit, wieder zehn Jahre warten sollte. Allen Beteiligten gebührt großer Dank für die gelungenen Veranstaltungen.

Oskar Schmidt, Konrad Elmer-Herzig,
Henriette Schmidt

Die Autoren

Dr. O. Schmidt (geb. 1949 in Zeitz) hat sich nach 1990 für die Ehrung von Pfarrer Brüsewitz eingesetzt und war am Zustandekommen von Veranstaltungen 2007, 2009, 2016 und 2019 beteiligt. Er war Initiator für den Gedenkstein für Opfer der NS-Diktatur und des Stalinismus am Zeitzer Gefängnis. Er setzt sich für die Wiederanbringung einer Gedenk-inschrift für die Opfer des SED-Regimes am Zeitzer Altmarkt ein, die auf Veranlassung DDR-nostalgischer Kräfte im Stadtrat beseitigt worden ist. Auch Dr. K. Elmer-Herzig (Jg. 1949, ehem. MdB) und H. Schmidt (Jg. 1949) engagieren sich seit den 1990er Jahren für das Erinnern an Pfarrer Brüsewitz.



Neue Tafel an der Brüsewitz-Säule in Zeitz 2019.

Schelenz, Weber, Nachtwei gehörten dazu... Für mich steht Oskar Brüsewitz in der Tradition der Propheten. Diese haben es nicht immer leicht und machen es auch ihrer Umgebung nicht immer leicht. Aber wehe wenn sie fehlen... Wir hatten viel Spaß in unserer gemeinsamen Arbeit.“ Nachtwei brachte weitere, bisher unbekannte Episoden aus dem Leben von Pfarrer Brüsewitz, die im krassen Gegensatz zu den erwähnten Verunglimpfungen stehen.

Über die Zeitzer Brüsewitz-Ehrung wurde in Presse und Fernsehen berichtet. In der MDR-Fernsehsendung am 29.5.2019 faßte Stiftungsdirektor Holger Kunde den Sinn der Veranstaltung mit den Worten zusammen: „Wir gedenken mit Oskar Brüsewitz eines der markantesten Vertreter des kirchlich geprägten Widerstandes gegen das DDR-Regime. ... Die Ehrung anläßlich seines 90. Geburtstages ist uns ein Anliegen und wir wollen das mit einem tollen Konzert mit unserer Kantorin gestalten.“

Und Esther Fröbel, die Tochter von Oskar Brüsewitz wurde zitiert: „Mein Vater wollte Menschen wachrütteln. Das war ihm ein wesentliches Anliegen. Er hat oft gesagt: Die Menschen gehen unter der Diktatur des SED-Staates in die Irre. Sie sollen einen anderen Weg einschlagen.“

(9) Tautz, L.: Ultimativer Regimekritiker. Zum 90. Geburtstag des Pfarrers Oskar Brüsewitz. Der Stacheldraht, Nr. 4, 2019, S. 5

(10) Freitag, U.: Streit um Brüsewitz-Denkmal. BILD 7.8.2018, S. 10. Freitag, U.: Warum will Zeitz nicht der Opfer der DDR-Diktatur gedenken? BILD 2.10.2015

Fake News zur Friedlichen Revolution?

Offener Brief

Presseagenturen verbreiten die Nachricht, Gregor Gysi, der letzte SED-Vorsitzende und anschließende Chef der SED/PDS, dann der PDS und schließlich Multifunktionär der Linkspartei soll am 9. Oktober 2019 in der Peterskirche zu Leipzig, umrahmt von den Leipziger Philharmonikern, eine Festrede zur Revolution in der DDR halten.

Der Freiheitsrevolution, die zum Mauerdurchbruch am 9. November 1989, zu freien Wahlen am 18. März 1990 und schließlich zur Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 führte. Ausgerechnet zum selben Zeitpunkt soll Gysi reden, zu dem mit einem großen Lichtfest um den Leipziger Ring an die Friedliche Revolution erinnert werden soll. Was sich wie Fake News liest, stellt sich bei näherer Betrachtung als ernstgemeinte Veranstaltung heraus. Wir sind fassungslos!

Ausgerechnet Gregor Gysi, dessen Partei die Diktatur befahl, der ganz persönlich gegen die Deutsche Einheit war und der jahrelang die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu behindern suchte, soll nun am 30. Jahrestag des 9. Oktober, dem Tag der Entscheidung der Revolution in der DDR, an dem über 70 000 Demonstranten in Leipzig aus allen Teilen der DDR die Herrschaft der SED entscheidend erschütterten, eine Festrede in einer Leipziger Kirche halten.

Wir können nicht glauben, daß die Geschichtsvergessenheit bereits so weit fortgeschritten ist, daß nun schon diejenigen zu Festreden eingeladen werden, die Revolution und Einheit mit aller Entschiedenheit zu verhindern suchten. Wir finden das zynisch und empörend. Offenbar ist es nötig, künftig noch entschiedener auf die Verbrechen und die historische Ver-

antwortung der SED hinzuweisen. Das werden wir tun.

Auch wenn das viele nicht hören wollen: Die SED ist nie aufgelöst worden, weil Rechtsanwalt Gysi und seine Partei nicht alles verlieren wollten, vor allem das große Vermögen der SED, aber auch politischen Einfluß, und das deshalb verhinderten. Das haben sie mehrfach vor Gericht selbst bestätigt. Nun wollen sie offenbar sogar noch im Nachhinein die Revolution für sich beanspruchen und gewinnen, für die nicht Gregor Gysi steht, sondern all jene, die die SED herausgefordert und entmachtet haben und zu denen wir uns zählen.

30. Juni 2019

Initiiert von:

Uwe Schwabe, Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Frank Ebert, Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin e.V.

Den Offenen Brief haben inzwischen mehr als 800 Personen (Stand 19. Juli 2019) unterzeichnet. Er hat eine bundesweite Debatte ausgelöst. 

23. August 2019

10. Jahrestag des Gedenkens an die Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus

An die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Dr. Monika Grütters, am 12.6.2019 [...] In das Jahr 2019 fällt die Ausrichtung des 10. Jahrestages der vom Europäischen Parlament am 2. April 2009 verabschiedeten Entschließung, den 23. August als „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus“ zu begehen.

Rückschauend auf die vergangenen zehn Jahre ist festzustellen, daß diesem Gedenktag in der Bundesrepublik Deutschland in der Gedenkkultur nur eine marginale Bedeutung zugemessen wurde. Nur wenige, darunter die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle und die Begegnungsstätte Leistikowstraße, Potsdam, vermochten diesen Eindruck zu mildern. Es zwingt sich dennoch der Eindruck auf, daß politische Verantwortungsträger und Gehör findende Historiker im Gedenken an die Opfer des Stalinismus/Kommunismus eine Überbewertung in der Gedenkkultur sehen. Genau umgekehrt die Sicht der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Im Flyer der ersten Veranstaltung am 5. Juni der durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien

geförderten Veranstaltungsreihe „Debatte Brandenburg ist ein neues Format...“: „Nationalistische und menschenfeindliche Positionen gewinnen in der Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit zunehmend an Einfluß. Die Wahrnehmung des Nationalsozialismus und das Gedenken an seine Opfer bleiben von dieser Entwicklung nicht unberührt. Wie haben rechtspopulistische Einstellungen die Erinnerungskultur in den letzten Jahren verändert? Wo liegen die neuen Gefahren und Fallstricke? Welche positiven Perspektiven sind den aktuellen Entwicklungen entgegenzusetzen?“

Auf die Vieldeutigkeit der drei Fragestellungen, insbesondere in Bezug auf die „positiven Perspektiven“, soll hier nicht eingegangen werden. Viel auffälliger ist, daß sich der Veranstaltungsträger am Standort des ehemaligen KZ Sachsenhausen und des Speziallagers Nr. 7 Sachsenhausen weiterhin aus der Pflicht stiehlt. Seit drei Jahrzehnten ist es nicht gelungen, für diesen durch Verbrechen gegen die Menschheit entweihten Ort ein Konzept der Gedenkkultur zu entwickeln, das den Opfern der Verbrechen des Nationalsozialismus und Kommunismus und deren Angehörigen den Kulturstandard

des würdigen Gedenkens bewahrt und zugleich der Mahnung vor rassistisch und ideologisch motivierten Mordexzessen zur Durchsetzung von Weltherrschaftsansprüchen oder der Weltrevolution dient.

Als Verein [Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.] haben wir diese Entwicklung unversöhnlicher Positionen miterlebt und uns vergeblich zu Wort gemeldet. Die Schriftwechsel der SMT-Verurteilten/Zone II-Überlebenden Gisela Gneist und Victoria Heydecke, Tochter eines in den Massengräbern verscharrten Opfers, mit den Verantwortungsträgern, sind wertvolle Zeugnisse der Zeitgeschichte. [...]

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, angesichts der auffälligen und unverständlichen Zurückhaltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Europäischen Gedenktag für die Opfer des Stalinismus (Kommunismus) und Nationalsozialismus, was den Verdacht der Flucht vor der eigenen Geschichte nährt, bitte ich Sie, im Rahmen der Ihnen zufallenden Verantwortung zu prüfen, ob unter amtlichem Siegel eine Anpassung der Gedenkkultur im Lichte aktueller Forschungen der historischen Wissenschaften vollzogen wird [...]

Reinhard Dobrinski

(Mit Stand vom 26.7.2019 ist noch keine Antwort erfolgt.)

Von Adenauer zu Adenauer

Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag vom 24. bis 26. Mai 2019 in Königswinter

Die Überschrift klingt paradox. Von Adenauer zu Adenauer. Am 8. September 1955 flog Konrad Adenauer mit einer Delegation, die aus 141 Personen bestand, zu seinem ersten Staatsbesuch nach Moskau. Dort gelang ihm, nach zähen Verhandlungen am 12. September die Zusage der sowjetischen Führung zu erreichen, daß alle Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs und die SMT-Verurteilten aus Deutschland und Österreich in ihre Heimat zurückkehren durften. Das geschah mit Unterbrechungen 1955/56. Es war die „Heimkehr der Zehntausend“. Darunter befanden sich die Zivilgefangenen der Lager in Workuta.

Fast auf den Tag genau fand vor zehn Jahren schon einmal eine Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag in Königswinter statt. Diesmal war es definitiv die letzte. Unter dem Titel „Der Mauerfall vor 30 Jahren und die Auswirkungen auf die Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland“, schloß sie mit einer Führung durch das Adenauer-Museum, dem Besuch des Adenauer-Hauses im nahen Rhöndorf und einer Kranzniederlegung auf dem Waldfriedhof ab.

Vor mehr als 50 Teilnehmern konnte der Sprecher der Lagergemeinschaft, Stefan Krikowski, am Ende eine positive Bilanz der dreitägigen Veranstaltung ziehen. Es ist vor allem sein Verdienst, daß erneut

ausgezeichnete Vorträge und gute Beiträge zu hören waren. Die Liste der verstorbenen Angehörigen ist angewachsen, darunter auch der langjährige Vorsitzende Horst Schüler. Die biologische Uhr tickt weiter. Außerdem konnten einige Teilnehmer aus Krankheitsgründen nicht anreisen. Der Entschluß, auf die Jahrestagungen zugunsten anderer Formen der Kommunikation zu verzichten, fiel nicht leicht. Die Internetpräsentationen von Stefan Krikowski zu allen Veränderungen in der Lagergemeinschaft und zu neuen Publikationen bleiben selbstverständlich erhalten. Es gab auch Überlegungen von Edda Ahrberg und Anne Drescher, eine eigene Zeitschrift herauszugeben. Denkbar wäre auch, zu den Jahrestagungen des Gedenkens an Herbert Belter nach Leipzig oder zum Halle-Forum einzuladen.

Die Tagung begann mit der Begrüßung der Teilnehmer durch ihren Vorsitzenden Stefan Krikowski. Anschließend sprach der stellvertretende Bürgermeister von Königswinter, Norbert Mahlberg, ein Grußwort. Schließlich stellte Stefan Krikowski den ersten Referenten, Dr. Hubertus Knabe, mit seinen Publikationen kurz vor und verurteilte die Entlassung Knabes, der nicht in das Geschichtsverständnis der LINKEN passe. Offenbar wolle diese Partei die Geschichte der DDR neu erzählen.

Hubertus Knabe fragte: „Was bleibt von den Erfahrungen der Opfer? 30 Jahre

Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland“. Er berichtete aus der Perspektive der Opfer von deren Erfahrungen, die er lieber unschuldig Verfolgte oder Widerstandskämpfer nennen mochte. Wir wüßten noch nicht einmal, wie viele es waren. Seit zehn Jahren hat Knabe um die Erstellung eines Registers gekämpft. In Rußland oder Rumänien sei die Zahl der Opfer bekannt. In Deutschland spielten Opfer nur eine Nebenrolle, sie seien dem Staat nicht viel wert. Tatsächlich gebe es ganze Gruppen von Opfern: zu nennen seien die kalten Enteignungen zwischen 1945 und 1949 oder die große Gruppe der politisch verfolgten Schüler. Sie erhielten weder den notwendigen Respekt noch irgendwelche Zuwendungen.

Auch die personelle Erneuerung erfolgte unzureichend. Mit der Fokussierung auf die Staatsicherheit geriet die SED aus dem Schußfeld. In den Landtagen saßen noch immer IM, und in Schulen unterrichteten auch stasibelastete Lehrer. Die Erneuerung sei sehr unvollständig geblieben. Den Opfern bleibe nur zu resignieren. In der politischen Diskussion leugneten neue Mandatsträger ihre Stasibelastung. Und so stehe ihre Aussage gegen die Niederschrift in den Akten. Die Nachweise seien oft lückenhaft, und so glaubten die Gerichte den persönlichen Aussagen. Am Ende bleibe nur die historische Aufarbeitung. Sie werde erschwert, weil in den SED-Zentralen fast alles in der Zeit der Friedlichen Revolution vernichtet worden sei. Zeitzeugen seien deshalb von größter Bedeutung.

Der zweite Vortrag beschäftigte sich mit den „Privilegien von Staatskriminellen“ und den Prozessen gegen DDR-Grenzschützer und ihre Befehlsgeber (1990-2004). Der junge Buchautor und Journalist Roman Grafe, noch 1989 aus der DDR ausgewandert, brachte eigene Erfahrungen ein. Er beschrieb die Geschichte der DDR-Westgrenze, die zugleich eine Geschichte des Verbrechens ist. So seien sieben Todesschützen mit milden Haftstrafen davongekommen. 90% der Fälle wurden sogar eingestellt. Manche Täter wurden bestraft wie Laden- oder Hoteldiebe. So könne kein Rechtsfrieden hergestellt werden. Es wäre möglich gewesen, so das Fazit von Grafe, staatskriminelle Verbrechen angemessen zu bestrafen.

Anstelle des nicht angereisten Dr. Bert Pampel sprach Dr. Matthias Buchholz, Leiter des Archivs der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, über



Gruppenfoto der letzten deutschen Gulag-Zeitzeugen (v.l.n.r.): Gerald Joram, Werner Höpfner, Eduard Lindhammer, Frieder Wirth, Horst Hennig, Mike Müller-Hellwig, Heini Fritsche, Günter Herzog, Dietrich Schopen, Theodor Desens, Bodo Platt und Peer Lange.

Vor- und Nachlässe der Opfer des SED-Regimes. Das betraf alle Mitglieder der Lagergemeinschaft Workuta. Schriftliche Nachlässe seien Archiv- und kein Sammlungsgut. Sie könnten ihren Platz in regionalen und überregionalen Archiven finden. Wichtig sei, daß die Nachlässe zusammenblieben. Buchholz regte an, daß sich Geschichtslehrer mit dem Thema Gulag beschäftigen sollten. Bisher sei das Thema „DDR“ stiefmütterlich behandelt worden und noch immer kein Abiturstoff.

Kurz und prägnant gab Eduard Lindhamer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vorstands der Stiftung ehemaliger politischer Häftlinge in Bonn einen Überblick über die Ausgaben der Stiftungsgelder, die die materielle Lage der ehemaligen politischen Häftlinge und ihrer Angehörigen verbessern helfen.

Der Leiter des Universitätsverlages Leipzig, Dr. Gerald Diesener, stellte ein Verlagsobjekt vor, daß im Herbst realisiert

werden soll: „Sigurd Binski, Freiheit in Verantwortung, Beiträge zur Zeitgeschichte“, so der Arbeitstitel der Herausgeber Horst Hennig und Gerald Wiemers. Zum Abschluß erinnerte Dr. Horst Hennig an die Kulturgeschichte der Völker Europas, an Leitlinien und Festpunkte in der Geschichte, einer davon sei Workuta. Es gelte, stetig daran zu erinnern und damit der Wahrhaftigkeit zu dienen.

Gerald Wiemers

Erinnerung an jugendliche Opfer

Der Malchower und Penzliner Freundeskreis hatte alle Schicksalsgefährten der Werwolftragödie aus den Jahren 1945/46 und deren Angehörige auch in diesem Jahr wieder nach Malchow eingeladen.

Eingebunden in das 166. Volksfest der Inselstadt, traf sich am Vortag des großen Festes in der Werleburg eine kleine Gemeinschaft des Freundeskreises zu einer kurzen Zusammenkunft. Sie begann nach der Begrüßung mit einer Gedenkminute für die Verstorbenen des letzten Jahres. Dann wurde über Finanzierung und Spendentätigkeit Auskunft erteilt. Der Bürgermeister von Malchow vermittelte den interessierten Teilnehmern einige Details zur Entwicklung der Stadt mit einem Ausblick in die Zukunft. Anschließend sahen sich alle den Film „Kindheit ohne Namen“ an. Er ist auf Initiative des Vorsitzenden des Bautzen-Komitees Alexander Latotzky produziert worden.

Der 5. Juli begann mit dem Kinderumzug des 166. Volksfestes durch das Zentrum von Malchow. Im Anschluß an dieses bunte und fröhliche Fest trafen sich über 75 Gäste und Angehörige der Werwolftragödie in der Gartenstraße vor der ehemaligen „Villa Blanck“. Sie diente 1945/46 der sowjetischen Besatzungsmacht als Kommandantur. Im Keller dieses Gebäudes waren primitive Zellen eingebaut. Dort hatte man die angeblichen „Werwölfe“ unter unsäglichen und dramatischen Bedingungen eingesperrt. Dort wurden sie befragt, gefoltert und gequält. Nach Monaten des ungewissen Wartens kamen die Mädchen und Jungen im Alter von 13 bis 16 Jahren vor ein Militärgericht. Man verurteilte sie dort mit erpreßten und gefälschten „Geständnissen“ zu jahrelangen Haftstrafen. Einige Jungen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Nach über 40 Jahren sind

alle verurteilten Jugendlichen von der Russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert worden.

An die grausame Zeit wurde auch in diesem Jahr würdevoll erinnert. Die Begrüßung der Teilnehmer und der Gäste erfolgte durch Horst Vau, dessen Bruder unter den toten Jugendlichen zu beklagen war. Die gesamte Veranstaltung wurde vom Marine-Musikkorps Kiel begleitet. Der Bürgermeister der Stadt Malchow, René Putzar, begrüßte die Anwesenden herzlich. In seiner Rede gemahnte er an das Geschehen vor 74 Jahre an diesem Ort. Er erinnerte mit bewegenden Worten an den ehemaligen Leiter des Malchower Freundeskreises, Detlev Putzar, der im vergangenen Jahr verstarb. Die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anne Drescher hielt auch in diesem Jahr eine feierliche Rede. Der Kommandeur der Panzergrenadierbrigade Vorpommern 41, Brigadegeneral Andreas Durst sprach in seinem Beitrag über die betroffenen Jugendlichen auch von seinen eigenen Kindern, die heute im Alter der angeblichen „Werwölfe“ sind. Der Geschäftsführer der VOS, Hugo Diederich, und die stellvertretende Vorsitzende der VOS, May-Britt Krüger, wiesen auf die unvorstellbaren Leiden der vielen unschuldigen jungen Menschen damals hin.

Die ehemalige Außenstellenleiterin der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen, Marita Richter, sprach über das Leid, daß die Familien der Opfer über lange Jahre ertragen mußten. Eckhard Kändler, evangelischer Pfarrer in Malchow, zitierte einige Bibelstellen, die auf die Jugendlichen zuträfen. Schüler des hiesigen Gymnasiums verlasen Namen und Alter aller 13 ermordeten Jugendlichen. Weitere Gäste der Gedenkveranstaltung waren Vertreter der UOKG, Mitglieder



Foto: Hanns Osterloh

Horst Vau, Leiter des Freundeskreises Malchow.

der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 bis 1950 e.V., der stellvertretende Landrat der Mecklenburger Seenplatte und einige Bürgermeister der umliegenden Gemeinden. Der gesamten Veranstaltung einen guten Verlauf wünschten mit einer schriftlichen Botschaft Bischof i.R. Heinrich Radke und der Förderer unseres Freundeskreises aus der Schweiz, Jost Reinhold.

Nach diesen beeindruckenden Reden erfolgte unter Trommelwirbel die Kranzniederlegung. Das Bläserquintett intonierte mit einem Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden“. Zum Ende der Veranstaltung wurde von allen die Deutsche Nationalhymne gesungen. Auch in diesem Jahr ließ es sich die Familie Halbig nicht nehmen, die Anwesenden zu einer Kaffeerunde auf ihrem Hof einzuladen. Viele Schüler des Fleesensee Gymnasiums halfen bei der Bedienung der Gäste.

Ein besonderer Dank gilt den beiden Organisatoren der Gedenkveranstaltung. Mit ihrem aufwendigen Engagement haben Jutta und Horst Vau aus Neubrandenburg viel zum guten Gelingen der Zusammenkunft beigetragen.

Hanns Osterloh

Einladung zur Enthüllung einer Gedenktafel

für die ehemaligen politischen Gefangen von Hoheneck im Menschenrechtszentrum Cottbus

Die Befürchtung, daß sich zum 30. Jahrestag des Mauerfalls die Gedenkstätte „Frauenzuchthaus Hoheneck“ noch im Umbau befindet, ist leider wahr geworden. Die ehemaligen Hoheneckerinnen möchten aber ihr Jahrestreffen nicht ausfallen lassen. Deshalb findet es an einem anderen symbolischen Ort statt: in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, die dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. gehört und von ihm betrieben wird. Der Grund für den Ort des diesjährigen Treffens ist offensichtlich. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen den männlichen ehemaligen politischen Gefangenen von Cottbus und den weiblichen ehemaligen politischen Gefangenen von Hoheneck.

Die Zahl der Cottbus-Hoheneck-Paare (nicht nur Ehepaare) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit über 100, als obere Grenze werden sogar 500 vermutet.

Im Menschenrechtszentrum Cottbus hat sich nun die Möglichkeit ergeben, das Frauenzuchthaus Hoheneck mit einer Gedenktafel zu präsentieren.

Unter dem Motto „Frauen in Hoheneck – Männer in Cottbus“ – Hoheneck ein dunkles Kapitel der deutsch-deutschen Geschichte, widmet sich im Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. in der Bautzener Str. 140 in 03050 Cottbus am **7. September 2019 ab 14.00 Uhr**

erstmalig eine Veranstaltung diesem Thema.

In einem feierlichen Akt wollen wir eine Gedenktafel für die ehemaligen politischen gefangenen Frauen von Hoheneck enthüllen.

Nach der Enthüllung der Tafel werden im Rahmen einer Podiumsdiskussion gegen 15.00 Uhr persönliche Schicksale von zwei Frauen, aber auch generell die Haftbedingungen im Zuchthaus Hoheneck sowie der Ausbau der Gedenkstätte angesprochen.

Zum Thema Ausbau der Gedenkstätte „Frauenzuchthaus Hoheneck“ haben wir die Stollberger Gedenkstättenbeauftragte Bianca Eichhorn eingeladen. Sie wird über die neuesten Entwicklungen und den Fortschritt in der Gedenkstätte berichten.

Nach einer kleinen Stärkung mit Kaffee und Kuchen wird eine ehemalige Hoheneckerin aus ihrem Buch lesen, in dem sie ihre Erlebnisse festgehalten hat.

Programm

„Frauen in Hoheneck – Männer in Cottbus“ – Hoheneck ein dunkles Kapitel der deutsch-deutschen Geschichte

Sonnabend, 7. September 2019 – Veranstaltung im Menschenrechtszentrum

Cottbus e.V., Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus, Tel. (03 55) 29 01 33-0

14.00 Uhr: Grußwort des Vorsitzenden des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V., Dieter Dombrowski, und Enthüllung der Gedenktafel für die ehemaligen politischen gefangenen Frauen von Hoheneck

15.00 Uhr: Podiumsdiskussion „Frauen aus dem Frauenzuchthaus Hoheneck und ihre Schicksale – Beziehungen zu den Männern im Zuchthaus Cottbus“

16.30 Uhr: Kaffee

17.00 Uhr: Buchlesung Barbara Große „Aus der DDR-Diktatur in die Mainzer Freiheit“

Der Eintritt ist frei. Anfallende Kosten der Teilnehmer können nicht erstattet werden.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Für Gäste mit einer weiten Anreise ist das Hotel Ahorn in der Bautzener Str. 134-135, ca. 200 Meter vom Menschenrechtszentrum entfernt, eine günstige Möglichkeit (ahorn-hotel-cottbus@online.de).

Elke Schlegel, in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

Die Bilanz eines Wunders

Einladung zur Tagung „30 Jahre Friedliche Revolution“ vom 20. bis 23.10.2019

Von Helmut Matthies

Als eines der größten Wunder in der deutschen Geschichte wird mit Fug und Recht der völlig unerwartete Fall des ganz Europa trennenden Eisernen Vorhangs bezeichnet. Eine einzigartige Tagung bietet nun vom 20. bis 23. Oktober die Möglichkeit, Christen zu hören und zu befragen, die an der Friedlichen Revolution führend beteiligt waren. Viele von ihnen werden aus Altersgründen beim 40jährigen Jubiläum des Mauerfalls vermutlich nicht mehr referieren können.

„Ein Wunder ist das, was Menschen nicht für möglich halten und das trotz-

dem eintrifft. Wir alle haben ein solches Wunder Gottes erlebt: die deutsche Einheit.“ Dieses Resümee stammt von einem führenden Bürgerrechtler in der DDR, dem sächsischen Oberkirchenrat und späteren Justizminister Steffen Heitmann (Dresden) in einem idea-Interview. Wer heute vor 30 Jahren geäußert hätte, in wenigen Monaten falle die Mauer, wäre im Osten verhaftet und im Westen für verrückt erklärt worden. Ein Ende der zweiten Diktatur in Deutschland im 20. Jahrhundert sah kaum jemand voraus, obwohl sie zahllose Verbrechen verübte:

Wer von einem Teil unseres Landes in den anderen floh, wurde erschossen (über 1000 Tote); wer der sozialistischen Regierung widersprach, wurde verhaftet (rund 280.000, darunter auch zahlreiche Christen). Von den 17 Millionen Bürgern wurden sechs (!) Millionen von der Stasi bespitzelt. Wer sich weigerte, an der atheistischen Jugendweihe teilzunehmen oder in die kommunistische „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) einzutreten, durfte meist kein Abitur machen. Die Diskriminierung von Christen führte dazu, daß die Zahl der Kirchenmitglieder in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ, von 1945 bis 1949) bzw. der DDR (1949 bis 1989) von 94,5 Prozent (1946) auf rund 20 Prozent sank. Es waren vor allem mutige Christen, die (durch Evangelisationen, Friedensgebete, die Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ usw.) zum Fall der Mauer beitrugen. Daß eine Dik-

tatur durch eine friedliche Revolution abgelöst wurde, ist ein weltweit einmaliges Ereignis.

Daran soll auf der Tagung „30 Jahre Friedliche Revolution“ im Christlichen Gästezentrum „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd vom 20. bis 23. Oktober erinnert werden. Es geht aber nicht nur um einen Rückblick, sondern auch um eine Bilanz dieses Wunders. Themen sind beispielsweise: „Was können Ost und West voneinander lernen?“, „Ist die Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen geglückt?“, „Wie baut man im Osten Gemeinde?“, „Wie haben Christen in der DDR Gott erfahren?“

Schirmherr der Konferenz ist der wohl erfolgreichste Ministerpräsident in den

östlichen Bundesländern, Prof. Kurt Biedenkopf (Dresden, sächsischer Regierungschef bis 2002). Mit dabei sind viele bekannte, mutige Christen von Harald Bretschneider über die Holmer-Familie bis hin zu Astrid Eichler, Alexander Garth, Freya Klier, Jan von Campenhausen, Thomas A. Seidel, Matthias Storck, Alexander Thies usw. Den Abschlußgottesdienst wird der pommerische Bischof Hans-Jürgen Abromeit halten. Der ehemalige Fernsehmoderator und Bestsellerautor Peter Hahne spricht über „Toleranz oder Widerstand? – Was wir vom Mauerfall lernen können“.

Die Konferenz findet im „Westen“ statt, weil die meisten Christen in der ehemaligen DDR natürlich noch wissen, wie und warum die Mauer fiel. Und viele unserer dortigen Schwestern und Brüder sind da-

rüber traurig, daß sich so wenige in Westdeutschland dafür interessieren, was und wie Gott in der DDR und danach wirkte. Deshalb veranstalten der Schönblick und die Evangelische Nachrichtenagentur idea diese Konferenz bewußt im Schwäbischen.

Der Autor, Helmut Matthies (Brandenburg an der Havel), ist Vorsitzender der Evangelischen Nachrichtenagentur idea.

Weitere Informationen und Anmeldung:
Tel. (071 71) 970 70
Fax: (071 71) 970 71 72
E-Mail: info@schoenblick.de

Per Post: Schönblick, Willy-Schenk-Str. 9, 73527 Schwäbisch Gmünd www.schoenblick.de/friedlicherevolution 

Einladung

zum XXIX. Mahn- und Gedenktreffen der Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. in Mühlberg/Neuburxdorf

Programm

Freitag, 30. August 2019 –
Informationsveranstaltung

17.00 Uhr: Eröffnung im Rathaussaal der Stadt Mühlberg/Elbe

17.15 Uhr: „Erinnerungen der Kinder und Kindeskinde“ – ein Podiumsgespräch zur Erinnerungskultur; Musikalische Umrahmung: Laurence Hoppe, Schüler der

Kreismusikschule „Gebrüder Graun“/Außenstelle Mühlberg
19.00 Uhr: gemeinsames Abendessen

Sonnabend, 31. August 2019 –
XXIX. Mahn- und Gedenktreffen

9.00 Uhr: Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Neuburxdorf

10.00 Uhr: Gottesdienst im Zelt am Lagergelände; Predigt: Pfarrerin Sabrina Pieper,

Mühlberg; Musik: Chor der Kantorei Mühlberg

11.00 Uhr: Gedenkveranstaltung am Hochkreuz; Gedenkrede: Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Musik: Posaunenchor Mühlberg

Anschließend ist Zeit für Gespräche und zur Begegnung im Zelt. Hier können zum Preis von 5,- € Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen eingenommen werden.

(Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.) 

30. Gedenkveranstaltung

Die Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V. lädt herzlich zur diesjährigen 30. Gedenkveranstaltung **am Sonnabend, dem 14. September 2019**, auf dem Waldfriedhof in Jamlitz ein.

Zum 30. Mal erinnern wir an Leiden und Tod der im Sowjetischen Speziallager Nr. 6 in Jamlitz von 1945 bis 1947 inhaftierten Frauen, Männer und Jugendlichen. Ebenso gedenken wir der Häftlinge und Toten des ehemaligen KZ-Außenlagers Lieberose.

11.00 Uhr: Gedenkgottesdienst in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose mit Christoph Hanke, Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Straupitz

14.00 Uhr: Gedenken an den Massengräbern auf dem Waldfriedhof in Jamlitz

- Kranzniederlegungen
- Begrüßung der Teilnehmer – Michaela Kossatz-Reinke, Vorsitzende der Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- Erinnern an die Toten
- Gedenkansprache – Dr. Axel Drecoll, Direktor Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten
- Grußwort – Dr. Jürgen Schröter, ehemaliger Landrat des Landkreises Oder-Spree
- Worte des Dankes – Verabschiedung

Unsere Feierstunde wird durch die Liedertafel Lübben, Trompetensolist Sören Liedtke und den Bläserchor Lieberose künstlerisch begleitet.

Wie in den vergangenen Jahren steht für die Versorgung (Mittagessen, Kaffee

und Kuchen) und für den Büchertisch der Bahnhof in Jamlitz von 12.00 bis 16.00 Uhr zur Verfügung (Weg ist ausgeschliffert). Parkplätze sind direkt am Bahnhof vorhanden.

Vor den Bahnhöfen Lübben und Cottbus stellen wir Ihnen einen Abholdienst zur Verfügung. Dazu erbitten wir rechtzeitig telefonische Mitteilung unter Tel. (03 36 71) 599 799.

Wir würden uns freuen, Sie zu unserer Gedenkveranstaltung am 14. September begrüßen zu können, wünschen Ihnen eine gute Fahrt nach Jamlitz sowie persönlich alles erdenklich Gute, vor allem beste Gesundheit.

Michaela Kossatz-Reinke, Vorsitzende

Kooperative Veranstaltung

Der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e.V.

Einladung zu ausgewählten, öffentlichen Teilen der Veranstaltung, 74 Jahre nach Beginn des Weiterbetriebs des KZ Sachsenhausen als Speziallager des sowjetischen Geheimdienstes NKWD/MWD

nemarie Krause und Karl Wilhelm Wichmann, ehemalige Häftlinge des Speziallagers, Moderation Dr. Enrico Heitzer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Sachsenhausen

Sonnabend, 17. August 2019

15.00–17.00 Uhr: Veranstaltungsraum in der ehemaligen Häftlingswäscherei im Lagerdreieck der Gedenkstätte Sachsenhausen, Zugang vom Tor links neben dem Besucherinformationszentrum:

- Vorstellung des Videointerview-Projekts mit ehemaligen Häftlingen des Speziallagers Sachsenhausen
- Grußwort von Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Podiumsgespräch mit Loretta Walz, Regisseurin und Autorin, sowie An-

Sonntag, 18. August 2019

10.30 Uhr: Totengedenken bei den Massengräbern „An der Düne“ (nahe der Carl-Gustav-Hempel-Straße am Sachsenhausener Gewerbegebiet)

11.00 Uhr: Gedenken am ehemaligen Kommandantenhof (Nördlich vom Lagerdreieck)

- Begrüßungen: Dr. Axel Drecoll, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Joachim Krüger, Arge Lager Sachsenhausen 1945–50
- Ansprachen: Dieter Dombrowski, Vizepräsident des Brandenburger Land-

tags, Günter Wetzlaugk, Zeitzeuge, ehemaliger SMT-Verurteilter

- kurzer Gottesdienst mit Pastor Günter Born, Ev.-Freikirchliche Gemeinde Oranienburg

- Kranzniederlegungen

Musikalische Umrahmung Carsten Gabriel (Trompete)

12.15 Uhr: Gedenken mit Kranzniederlegung am Stein für die Opfer des Stalinismus am ehemaligen Tor zwischen den Lagerzonen I und II

ab 12.40 Uhr: Imbiß-Angebot der Gedenkstätte in der ehemaligen Häftlingswäscherei, Gesprächsmöglichkeiten mit Gästen aus der Region

(Die Gedenkveranstaltung wird gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.)

Leserbrief

Historischer Schatz im Sockel

Zum Beitrag „Formen der Erinnerung“, Ausg. 4/2019, S. 17

Auf allen Kontinenten – außer Antarktis und Südamerika – gäbe es „Museen und Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktaturen“, behauptet der Rezensent des gleichnamigen Buches, Friedrich Rudolph. Das mag stimmen. Leider stimmt auch, daß in diesem Werk die Gedenkstätte für die Opfer des NKWD-Lagers Tost/Oberschlesien 1945 (Polen) keinen Platz fand. Bereits im Mai 1998 wurde die Gedenkstätte im Beisein von 120 aus Deutschland angereisten Angehörigen, der deutschen Minderheit, zahlreichen Bürgern aus Tost sowie dem deutschen Generalkonsul von Breslau feierlich eingeweiht. Regelmäßig werden hier Gedenkfeiern abgehalten, zuletzt am 25. Mai 2019.

Das Buch zeigt Fotos imposanter polnischer Monumente: in Warschau, in Breslau, in Katyn, in Danzig, in Posen mit jeweils detaillierter Geschichte. Tost fehlt! Zur

Kenntnis: Östlich von Oder/Neiße hatten die Sowjets 28 temporäre Lager für Deutsche eingerichtet bis Ende 1945. Schlesien wurde bereits im Januar 1945 besetzt, die 28 Lager wurden vom NKWD betrieben.

Im Mai wurde das Lager Tost mit ca. 1000 deutschen Zivilisten aus Breslau und Oberschlesien belegt, ab Juli kamen weitere 3700 Frauen, Männer und Jugendliche aus dem Gelben Elend/Bautzen hinzu. Das Lager war mit den mehr als 4500 Menschen hoffnungslos überfüllt, leerte sich jedoch bald wegen massen-

haften Sterbens. Etwa 3000 Tote wurden innerhalb weniger Monate in Massengräbern verscharrt.

Im Herbst 1945 sollten Häftlinge dieses Lagers ein deutsches Kriegerdenkmal in der Stadt schleifen, um an der Stelle eine Siegestsäule für die Ruhmreiche Rote Armee zu errichten, eingeweiht am Tag der Oktoberrevolution. Nach 1990 wurde diese Säule abgerissen und ein Denkmahl mit der Inschrift „Ofiarom wojen“ (Opfer der Kriege) aufgestellt. – Jetzt erfuhr ich, daß 1945 im Sockel eine Liste mit Namen verstorbener Häftlinge und Berichte versteckt wurde. Wir müssen eine Möglichkeit finden, diesen Schatz zu bergen.

Sybilie Krägel, Hamburg

Suchanzeigen

Bitte meldet Euch!

Wer war in politischer Haft, mußte Zwangsarbeit leisten und weiß, für welchen VEB er gearbeitet hat? Wir suchen Zeitzeugen, die sich mit diesem Thema

für eine öffentliche Veranstaltung Anfang November 2019 zur Verfügung stellen.

Kontakt: UOKG-Geschäftsstelle, zu Händen Benjamin Baumgart, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Aufruf an alle Berlinerinnen und Berliner

Abgeordnetenhaus sucht Mauerbilder für eine Ausstellung

Das Abgeordnetenhaus von Berlin plant Mitte September eine weitere Open-Air-

Sonderausstellung. Das Thema: Mauerbilder. Hierfür sucht das Parlament private Fotoaufnahmen aus der Zeit vor dem Mauerbau 1961, aus der Zeit der Mauer 1961 bis 1989 und vom 9. November

1989 bis zum Abbau der Sperranlagen 1990. Einzige Bedingung: Das Abgeordnetenhaus und dessen Umfeld sollten auf den Fotos zu sehen sein.

Weitere Infos und Kontakt: Tel. (030) 23 25 1062 oder andreas.stirn@parlament-berlin.de oder <https://www.parlament-berlin.de/de/Aktuelles/1989/Ausstellungen> 

Abschied

Er freute sich auf das letzte Treffen der Lagergemeinschaft Workuta Ende Mai 2019 in Königswinter, der er von Beginn an angehörte. „Ich komme mit meinem jüngsten Bruder“, schreibt er an Horst Hennig noch im Februar: „Wir waren 11 Kinder, davon waren fünf in der DDR nicht tragbar. Dafür haben wir fast alle Gefängnisse kennengelernt: Bautzen, Torgau, Kaßberg, Taischet und Workuta.“

Geboren ist Prof. Dr. Werner Sperling am 16. März 1932 als fünftes Kind eines Obstpflegers in dem Braunkohlen-Dorf Mölbis, daß seit 1999 Espenhain eingemeindet ist. Er absolvierte nach der Schule eine Lehre als Bergmaschinenmann und war bald Fachschüler im Vorsemester der Berg-Ingenieur-Schule in Zwickau mit dem Berufsziel Ingenieur. – Bereits als 18-Jähriger betätigte er sich oppositionell und knüpfte Kontakte zu den „Roten Falken“ und zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) in Berlin (West), verteilte Flugblätter, in denen die Lebensbedingungen in der DDR und das politische System angeprangert wurden. Der Buchstabe „F“, den er auf Fassaden malte, stand für Freiheit.

Im Dezember 1950 flog sein Widerstandskreis durch Verrat und Denunziation auf. Am 6. Dezember, früh um fünf Uhr in Mölbis, wurde Werner Sperling durch die berühmte K5 verhaftet und „zur Klärung einiger Fragen“ nach Potsdam in das Polizeigefängnis Bauhof gebracht. Dort wurde ihm ein Haftbefehl wegen des Verdachtes der Spionage und Boykotttheze vorgelesen.

Es folgen unmenschliche nächtliche Verhöre durch die Staatssicherheit im Beisein eines sowjetischen Offiziers. Bald darauf wird er seinem ehemaligen Lehrer Manfred Schnee gegenübergestellt, der unter Folter alles verraten hatte. Bis zu seiner Verurteilung wird Werner Sperling vom 16. Dezember 1950 bis 27. April 1951 in das KGB-Gefängnis Lindenstraße in Potsdam verschleppt. Dort wird er in

eine enge Viermannzelle verlegt. Durch Klopfzeichen hat er Kontakt zu anderen politischen Gefangenen, auch zu Todeskandidaten. Inzwischen waren auch ein Bruder und eine Schwester im Gefängnis in der Lindenstraße.

Die Verurteilung erfolgte in einer sogenannten Gruppe, der Gruppe „Schnee“. Manfred Schnee, geboren 1928, wird zum Tode verurteilt und erschossen. Herbert Sperling, der ältere Bruder, erhält 25 Jahre (OSOR), Inge Löwendorf 25 Jahre (ITL) und Werner Sperling 25 Jahre Arbeitslager „zugeteilt“. OSOR bedeutet strenges Regime. Die „Reise“ in Güterwaggons ging von Berlin-Lichtenberg nach Brest-Litowsk, weiter nach Gomel und Moskau und schließlich nach Workuta. Sein Bruder Herbert kam nach Taischet.

In Workuta arbeitete Werner Sperling in Lager 1 und 40 über Tage als Bauhilfsarbeiter. „In Lager 1“, schreibt er in dem Brief an Horst Hennig, „waren wir 6 bis 8 Jugendliche in einer Brigade. Der Zusammenhalt war sehr gut. Gerhard Schirmer hat immer die Hände über uns gehalten. Er hat uns auch zum Lernen angehalten und gefördert. Er hat im Lager als Elektriker gearbeitet, hatte dadurch gute Kontakte zur Küche und zur Brotschneiderei – ein Vorteil für uns. Abends mußten abwechselnd immer zwei Jugendliche in der Küche helfen. Auch das war für uns ein Segen.“

Später, in den Lagern 12, 14 und 16 half er unter Tage beim Bohren von Sprenglöchern. Die Arbeitszeit betrug zehn bis 13 Stunden. Nur alle zehn Tage gab es einen freien Tag. Die Verpflegung war mangelhaft, unzureichend und einseitig. Krankheiten wie Ruhr und Zahnausfall breiteten sich aus. – Endlich, nach über drei Jahren, am 28. Dezember 1953 erfolgte die Entlassung nach Fürstenwalde. Werner Sperling kehrte zu seiner Familie nach Mölbis zurück. Er war lange arbeitslos. Nach Abschluß seines Studiums für Energie- und Verfahrenstechnik hat er als Ingenieur-Assistent in der Forschung gearbeitet. Als sich sein Chef in die Bundesrepublik abgesetzt hatte, wurde Sperling

von der Stasi abgeholt und vernommen. Nach mehrstündigem Verhör ließ ihn die Stasi frei. Das war der letzte Anlaß, die DDR über Berlin zu verlassen – 14 Tage vor dem Mauerbau!

In der Bundesrepublik findet er sofort Arbeit und schließt sein Studium zum Diplom-Ingenieur für Energietechnik ab. Er wird zum Gastprofessor an verschiedenen technischen Hochschulen in Deutschland und Europa berufen. Er beherrscht vier Fremdsprachen und wird 2014 von der Universität Bochum mit dem Doktor ehrenhalber (Dr.h.c.) ausgezeichnet.

Ende 2000 erhielt er auf Antrag die Rehabilitierungsurkunde durch die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation. Werner Sperling war verheiratet, hinterläßt eine Tochter und zwei Enkel.

„Bei jeder Gelegenheit besuche ich die Lindenstraße. ‚Meine Zelle‘ ist für die Besucher zugänglich“, schrieb Werner Sperling in einem Bericht von 2017/18. Hunger, Angst, Heimweh, die Sorge um die Angehörigen, kurz: die totale Auslieferung haben ihn damals bewegt. Als Jugendlicher hat er mit viel Mut gegen das SED-Unrechtssystem gekämpft und teuer bezahlt.

Seine Lebenserfahrungen hat er vor zehn Jahren in dem Buch „Als sich der Wind drehte. Von Mölbis nach Workuta“ niedergelegt. Auf der Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta 2018 in Potsdam sprach er davon, daß er die Niederschrift für eine zweite überarbeitete Auflage vorbereiten wird. Ob er noch dazu gekommen ist? Wir wissen es nicht. Werner Sperling ist nach einem Schlaganfall am 18. April 2019 in seinem Haus in Schwerte gestorben.



Werner Sperling.

Viele Jahre spurlos verschwunden

Am 16. August 2019 wäre Horst Schüler 95 Jahre alt geworden

Diese Augen. Wer in diese Augen geschaut hat, spürt, daß sie weit mehr gesehen haben als einem Menschen zuzumuten ist. Über viele Jahre hatte Horst Schüler in die Abgründe des Gulags geblickt. Durch ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) war er am 5. März 1952 im berüchtigten KGB-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Workuta verurteilt worden. Die engsten Familienangehörigen und seine Ehefrau

wußten nichts über seinen Verbleib. Über viele Jahre war er einfach spurlos verschwunden.

Zu einer Zeit, als es Menschen gab, die freiwillig von Hamburg in die DDR zogen, war er froh, überhaupt nach Hamburg ziehen zu können, zusammen mit seiner Ehefrau

Ingrid, die all die Jahre trotz Ungewißheit über seine Inhaftierung auf ihn gewartet hatte. Hamburg bedeutete für die noch junge Familie Freiheit. Eine Freiheit, die oft auch schmerzte, denn zu seinen bittersten Erfahrungen gehörte, daß in der Freiheit die wenigsten von seinen Erfahrungen im Gulag hören wollten.

Geboren am 16. August 1924 in Potsdam-Babelsberg, wurde er als Kind Zeuge, wie die Nationalsozialisten seinen Vater Fritz Schüler, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, drangsalierten, verfolgten, schließlich am 3. März 1942 letztmalig verhafteten und in das Untersuchungsgefängnis in der Potsdamer Lindenstraße brachten. Von dort wurde Fritz Schüler in das KZ Sachsenhausen deportiert, wo er am 5. Dezember 1942 starb.

Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Horst Schüler als Journalist bei der Zeitung „Märkische Volksstimme“ in Potsdam, in der er unter dem Pseudonym „Kiekeohr“ u.a. die Versorgungsmißstände in der DDR kritisierte. Als er sich weigerte, als Spitzel für den sowjetischen Geheimdienst zu arbeiten, wurde er am 4. November 1951 verhaftet und – bittere Ironie der

Geschichte – ebenfalls in die Potsdamer Lindenstraße gebracht, die diesmal der sowjetischen Besatzungsmacht als Untersuchungsgefängnis diente. Zehn Jahre zuvor hatte er hier seinen von den Nationalsozialisten verhafteten Vater besucht. Sein Vertrauen darauf, daß man ihm als anerkanntem Opfer des Faschismus (OdF) nichts anhaben könne, hatte sich als Trugschluß erwiesen. Nach Monaten der Schläge, Folter und nächtelangen Verhöre wurde Horst Schüler schließlich am 5. März 1952 durch ein Sowjetisches Militärtribunal nach dem Gummiparagrafen 58 des russischen Strafgesetzbuches wegen „Spionage“ zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt. Bis zu seiner vorzeitigen Freilassung Ende 1955 verbüßte er diese Strafe im berüchtigten Straflager Workuta. Mit seinen über 40 Straflagern und dazugehörenden Kohleschächten war Workuta einer der härtesten Gulag-Komplexe im sowjetischen Lagersystem. Als Arbeitsklave des 29. Kohleschachtes (Lager 10) nahm Horst Schüler im Juli 1953 aktiv am Aufstand gegen die Arbeits- und Haftbedingungen teil. Dieser wurde am 1. August 1953 blutig niedergeschlagen: 64 Tote und über 123 zum Teil schwer Verletzte waren zu beklagen.

Kann ein Mensch nach einer solchen Gewalt- und Ohnmachtserfahrung wieder heimisch werden? Augenscheinlich führte Horst Schüler mit seiner Ehefrau und seinen zwei Kindern in Hamburg eine ganz normale bürgerliche Existenz. In der Hansestadt setzte er erfolgreich seine Arbeit als Journalist fort und wurde leitender Redakteur beim „Hamburger Abendblatt“.

Wie sehr Workuta den seelischen Klangeraum Horst Schülers verändert hatte, davon zeugt eine Passage aus seinem Buch „Workuta – Erinnerung ohne Angst“. Hierin setzt er sich mit dem Unverständnis der Nachgeborenen auseinander: „Natürlich könnt ihr nicht ahnen, wie sehr diese Zeit im Lager unsere Seelen deformiert hat. Wie sollt ihr begreifen, daß wir zusammenschrecken beim Anblick eines verrotteten Stacheldrahtzauns. Daß der Hochstand eines Jägers uns unweigerlich an einen Wachturm erinnert? Daß wir bei einem sorgsam geharkten Weg an die verbotene Zone rings um das Lager denken, die niemand betreten durfte, es sei denn, er suchte den schnellen Tod. Daß wir uns innerlich dagegen auflehnen,

wenn ihr leichthin vom Hunger sprecht, ohne überhaupt ahnen zu können, was Hunger wirklich aus Menschen machen kann. Und wenn wir beim Klang eines Hammerschlags auf Eisen zusammenfahren, wie sollt ihr es wissen? Selbst dieses harmlose Geräusch bringt uns zurück in die Welt der Lager. Mit Schlägen auf dem Stück Eisenbahnschiene nämlich, das am Tor hing, wurden die Häftlinge geweckt, wurden sie zur Arbeit befohlen, zur Zählung, zum Appell.“

Nach seinem Eintritt in den Ruhestand, der zusammenfiel mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der DDR, reiste Horst Schüler 1992 als erster deutscher Journalist in die damals noch gesperrte Stadt Workuta. 1995 gründete er die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. So konnte er den jährlichen Treffen der ehemaligen Gulag-Häftlinge eine offizielle Organisationsform bieten. Den UOKG-Vorsitz hatte er von 2001 bis 2007 inne.

Horst Schüler war ein geschätzter Interviewpartner. Er war ruhig und sachlich und mußte nicht laut werden, um als Autorität wahrgenommen zu werden. Gerade in schwierigen Zeiten verstand er es wie kein anderer, Konflikte zu entschärfen, zu integrieren und zu vermitteln.

Daß Horst Schüler Journalist mit Leib und Seele war, läßt sich im Mitteilungsblatt der UOKG „Der Stacheldraht“ nachlesen. Hierfür schrieb er regelmäßig die Editorials und äußerte sich auch zu aktuellen Themen. Seine Tätigkeit blieb jedoch nicht nur auf die UOKG beschränkt. Bis zuletzt hat Horst Schüler seine Stimme erhoben, so z.B. in der Auseinandersetzung um das 2013 von Wolfgang Benz herausgegebene Buch „Ein Kampf um Deutungshoheit. Politik, Opferinteressen und historische Forschung“.

Horst Schüler mußte erleben, wie nachhaltig das Gift der Zersetzung, das die SED mit ihren Schergen so reichlich versprüht hatte, wirkte. Keine 30 Jahre nach dem Mauerfall nehmen die politischen Anfeindungen, die die Kritiker des Kommunismus in eine rechtsradikale Ecke zu stellen versuchen, an Heftigkeit zu. Horst Schüler bezog auch hier Position und wandte sich z.B. gegen die unbotmäßige Entlassung von Dr. Hubertus Knabe, dem Direktor der Berliner Gedenkstätte Hohenschönhausen. Nachdem dieser Stützpunkt für den antitotalitären Konsens mit allen – auch medialen – Mitteln geschliffen worden war, wurden die Stimmen,



Horst Schüler beim Workutaner-Treffen 2017 in Berlin.

Veranstaltungen

13.8. (Di), ab 13.00 Uhr: bis 17.00 Uhr – Bürgerberatung, Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? 19.00 Uhr – **Fluchtroute Warnemünde-Dänemark**. Flüchtlinge, Fluchthelfer und die Stasi, Vortrag u. Podiumsdiskussion mit Jesper Clemmensen, Autor, Dänemark, Dietrich Rohrbeck, Zeitzeuge, Prof. Hanns Stephan Wüst, Zeitzeuge, Mod. Burkhard Seidel, Journalist; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Café „Ringelnatz“, Alexandrinenstr. 60, 18119 Rostock-Warnemünde

13.8. (Di), 17.00 Uhr:
„Die Familie“ – Dokumentarfilm von Stefan Weinert, Familien von Mauertoten berichten, anschließend Austausch und Gespräch mit dem Regisseur; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt u.a.; Ort: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, An der Bundesautobahn 2, 39365 Marienborn

13.8. (Di), 18.00 Uhr:
Wenn Freiheit zum Verbrechen wird – Über Flucht, Asyl und Auswanderung (Artikel 13 und 14 AEMR); Veranstaltung d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Rahmen der Reihe „Achtung: Menschenrechte“, 70 Jahre Menschenrechtserklärung; Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin; bitte zeitnah mögliche Änderungen unter www.stiftung-hsh.de prüfen

15.8. (Do), 18.00 Uhr:
Geschichte(n) erzählen: 10 Jahre Zeitzeugenbuero.de, Podiumsdiskussion mit Jun.-Prof. Dr. Christiane Bertram, Universität Konstanz, Peter Keup, Zeitzeuge, Thomas Grüßing, Lehrer a. d. Carl-Bosch-Schule/Integrierte Schule in Berlin, Jochen Schmidt, Direktor d. LpB Mecklenburg-Vorpommern, Mod. Dr. Jacqueline Boysen, Journalistin u. Autorin, Musik v. Stephan Krawczyk; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

20.8. (Di), 18.00 Uhr:
René Nyberg, **Der letzte Zug nach Moskau: Zwei Freundinnen, zwei Schicksale, eine jüdische Familiengeschichte**, Übersetzerin Dr. Angela Plöger stellt das von ihr aus dem Finnischen übertragene Werk vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

20.8. (Di), 19.00 Uhr:
Das erste Loch im „Eisernen Vorhang“. Ungarn 1989 und die Frage europäischer Grenzen, Podium mit Prof. Dr. Ines Geipel, Zeitzeugin u. Autorin, Berlin, Katrin Linke, Zeitzeugin u. Autorin, Erfurt, Prof. Dr. Katarzyna Stokłosa, Kulturwissenschaft-

die eine andere Erzählung der DDR-Geschichtsschreibung fordern, immer lauter. Ein vorläufig negativer Höhepunkt in der Umdeutung der DDR-Geschichte war die sogenannte Fachtagung in den Räumen der Amadeu-Antonio-Stiftung im Februar 2019 zum Thema „Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung“. Nahezu unwidersprochen wurde der ehemalige UOKG-Vorsitzende Gerhard Finn, Jahrgang 1930, in die Nähe von NS-Tätern gerückt.

Schon längst von schwerer Krankheit gezeichnet, kämpfte Horst Schüler weiterhin gegen die Verklärung und Verharmlosung der Verbrechen des Kommunismus. Er suchte den Dialog mit dem politischen

Gegner, blieb immer sachlich und höflich, argumentierte hart in der Sache und nahm sein Gegenüber mit. Er wollte seine Gegner überzeugen, ohne sie zu diffamieren. Ihm war es ein Anliegen, die Opfer beider Diktaturen zu würdigen und ihren Anliegen gerecht zu werden.

Am 27. März 2019 ist Horst Schüler im Alter von 94 Jahren in Hamburg gestorben. Er erlag seinem Krebsleiden. Mit ihm verlieren wir eine unverwechselbare Stimme. Einer der letzten Zeugen des Gulags hat uns verlassen. Horst, wir vermissen dich und verneigen uns vor dir.

Stefan Krikowski

„Genossen, wir müssen ALLES wissen!“

Merkwürdigkeiten aus einem untergegangenen Land

Von Dieter Drescher

Hinter diesem Foto verbirgt sich ein schreckliches Geheimnis. Dabei scheint alles perfekt zu stimmen: Zu sehen sind fünf nette, ordentliche Kinder – Kitty, Katrin, Kristin, Bob, Erik. Stolz präsentiert von Eltern, die nicht nur ihrem Erziehungsauftrag vorbildlich nachkommen (er: Wissenschaftler an der Humboldt-Universität; sie: Mitarbeiterin in einer internationalen Frauenorganisation) – sondern die im 27. Jahr der Existenz der DDR auch zur Anhebung des kulturellen Niveaus kräftig beitragen. Das schreit nach öffentlicher Anerkennung!

Denn gibt es nicht nur jede Menge verdienstvoller Kosmonauten, Milchbauern, Erfinder oder Kämpfer an der unsichtbaren Front – sondern auch viel zu wenige sozialistische Familien, die mit ihrem Kinderreichtum für das zukünftige Wohl des Volkes sorgen?

Es dauert nicht lange, bis der Blick auf die Familie A. fällt! Eine Familie, geführt von Eltern, deren Zuneigung offensichtlich den heranwachsenden Wesen wie auch dem mittelalterlichen Staat gilt.

Fazit: Der Bürgermeister von Berlin-Lichtenberg lädt ein. Und die freudig überraschten Eltern bekommen in einer weihewollen Feierstunde im Rathaus eine Urkunde für hervorragende sozialistische Erziehung und – noch wertvoller! – einen Anerkennungsscheck mit beträchtlicher Summe in die Hand gedrückt. Jubel in der Familie.



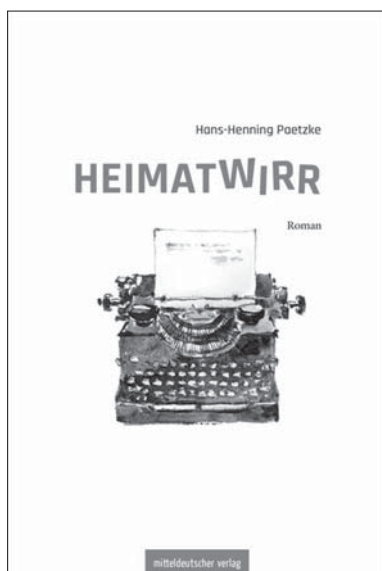
Foto: Privat

Die fünf Kinder im Tierpark Berlin.

Und, wenig später, Entsetzen in der SED-Kreisleitung! Gilt nicht für jede Sekunde: „Genossen, wir müssen ALLES wissen“?

Tatsächlich – da hat einer nicht richtig aufgepaßt: Zwei der fünf angehenden jungen Sozialisten nämlich sind nur Pflegekinder. Und die tragen das Kainsmal des Verrats an sich!

Sie sind – man scheut sich, es zu sagen – die verachtenswerte Brut des Klassenfeindes. Die wahren Eltern sitzen als Schwerverbrecher wegen versuchter Republikflucht hinter Schloß und Riegel und erdreisten sich auch noch, zusammen mit ihren Kindern ins Lager des zusammenbrechenden Kapitalismus wechseln zu wollen! Peinlich, peinlich. Also: Urkunde zurück! – Und das „Schmerzengeld“? Das wenigstens darf Familie A. behalten...



.....
Hans-Henning Paetzke: *Heimatwirr*, Roman,
Mitteldeutscher Verlag 2019, 319 S., 16,- €
.....

geflogen wegen Verunglimpfung des Staatsoberhauptes, nach einer Schauspielausbildung vom Theater geflogen. Als Wehrdienstverweigerer im Gefängnis, 1967 doch noch Abitur. 1968 Wechsel nach Ungarn, nachdem er eine Ungarin geheiratet und den Gefälligkeitsauftrag eines katholischen Verlags für die Übersetzung eines ungarischen Romans bekommen hat. Da er damals kein Ungarisch spricht, übernimmt seine frisch Angetraute die Rohübersetzung und er den Feinschliff. 1973 emigriert Paetzke nach Frankfurt/Main – in Ungarn lebende DDR-Deutsche dürfen in den Westen reisen. Im Anschluß ist er mal in der DDR, mal in Ungarn – „der gemäßigten Diktatur“ – unerwünscht. Heute ist er vielfach ausgezeichnet für seine Übersetzungen und seine fünf eigenen Romane.

Künstler, Lebenskünstler, Spione, Emigranten, Denunzianten, ein sibirischer Wunderheiler, der seinen Astralleib auf die Reise schickt – „Heimatwirr“ bildet und ist ein abwechslungsreiches, sprachmächtiges Lesevergnügen.

Mario Kluge

Heimatwirr

Die Großstadt als Sinnbild der Welt und Universum der Kindheit. Das Dorf als Dauerrausch der Natur. Und die Kleinstadt? Paetzke vermisst in ihr die Heimat seiner Kindheit. Denn Heimat sind Orte und Gefühle.

Ihnen spürt Paetzke in seinem Roman nach. Sein Ausflug in die deutsche und ungarische Nachkriegsgeschichte streift Anekdoten und Personen, biegt in Gassen ab und findet souverän den Weg zurück auf die Hauptstraße. Und zum nächsten Abzweig. An dem dann zum Beispiel Kriemhild steht. Ihre Mutter war als Jüdin im Konzentrationslager zur Prostitution gezwungen. Und ist 1948 mit ihrem polnischen Geliebten nach Australien gegangen. Kriemhilds Vater hatte sich rechtzeitig von seiner „nichtarischen“ Frau scheiden lassen. Jetzt ist die 15jährige Kriemhild mit der Schulklasse an der Ostsee und will ihre Unschuld verlieren. Was ihr dank eines Medizinstudenten auf unübliche Weise gelingt. Später wird Kriemhild dem Autor eine Tochter gebären, deren wirklicher Vater womöglich der einarmige Wirt der Theaterkantine ist.

Die Wege des Romans sind auch dank Paetzkes Biographie verschlungen. Er streift sie en passant, ohne durch eine Autobiographie zu langweilen: Geboren 1943 in Leipzig, vom Gymnasium



.....
Jens Hacker: *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Ullstein 1992, 616 S.; das Buch ist noch antiquarisch oder bei Amazon zu erwerben
.....

deutschland gewesen zu sein. So berichtet Carola Stern, bis zur Flucht 1951 SED-Funktionärin an der Parteihochschule „Karl Marx“ in Kleinmachnow bei Berlin und zugleich CIC-Agentin, in ihrer Autobiographie „Doppelleben“ (2001), daß es in ihrer Redaktion beim Westdeutschen Rundfunk üblich war, nicht allzu „Unfreundliches“ über

Geschönte DDR

Beim Aufräumen in meiner Bibliothek habe ich ein Buch gefunden, das ich nur jedem DDR-Geschädigten empfehlen kann: Jens Hacker „Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen“ (1992). Das 616 Seiten starke Werk liest sich, auch heute noch, wie ein Kriminalroman. Der Verfasser (1933-2000) ist in Kiel geboren und vertrat das Fach Politikwissenschaft an der Universität Regensburg.

Nehmen wir uns einmal das Kapitel „Publizistische Fehlurteile über die DDR“ (S.394-408) vor. Da wird ein Journalist „gewürdigt“, der mit seinem Buch „Die DDR ist keine Zone mehr“ (1969) dafür gesorgt hat, daß die DDR, die nach wie vor eine blutige Diktatur war, in einem milderen Lichte erschien und ihre Verbrechen verschwiegen oder entschuldigt wurden. Hans Werner Schwarze (1924-1991) war Fernsehjournalist für das ZDF und erfand 1971 die TV-Serie „Kennzeichen D“, die er bis 1982 auch selbst betrieb. Obwohl das Buch zu den „wohlwollendsten Analysen der DDR“ (Jens Hacker) zu zählen war, wurde es von DDR-Politikern als „Revanchismus in Reinkultur“ bezeichnet.

Die DDR schönzureden, das scheint in den letzten Jahren vor dem Mauerfall eine ansteckende Journalistenkrankheit in West-

Veranstaltungen

lerin, Sønderborg, Mod. Ulrike Timm, DLF Kultur; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin

22.8. (Do), 19.00 Uhr:

Geteilte Erinnerungen – 80 Jahre nach dem 23. August 1939, Vortrag u. Diskussion mit Prof. Dr. Claudia Weber, Stiftung Europa-Universität Viadrina, Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej, Historisches Institut d. Universität Warschau, Dr. Ekaterina Makhotina, Institut f. Geschichtswissenschaft d. Universität Bonn, Markus Meckel, Ratsvorsitzender d. Bundesstiftung Aufarbeitung, Mod. Sabine Adler, DLF; Veranstaltung d. Ständigen Konferenz der NS-Gedenkorte im Berliner Raum u.a.; Ort: Topographie des Terrors, Auditorium, Niederkirchnerstr. 8, 10963 Berlin; Anmeldung bis zum 20. August über staendigekonferenz@orte-der-erinnerung.de, Tel. (030) 26 39 43-38, Fax -20

23.8. (Fr), 18.00 Uhr:

Europäischer Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus, „1939 – Über den Zusammenhang von Appeasementpolitik und Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“, Festvortrag v. Prof. Dr. Karl Schlögel, Osteuropahistoriker, Autor, Varoujan Simonian, Violine; Veranstaltung d. Gedenkstätten-Vereins d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

28.8. (Mi), 19.00 Uhr:

Warnemünde geheim, Stasi-Stadtgeschichte(n), Teil 2, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Michael Heinz, Historiker, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Heimatmuseum Warnemünde, Alexandrinenstr. 31, 18199 Rostock-Warnemünde

29.8. (Do), 19.00 Uhr:

Der Beitritt. Die letzte Regierung der DDR, im Rahmen der Reihe „#RevolutionTransformation“, Filmvorführung u. Gespräch mit Rainer Eppelmann, Vorsitzender d. Bundesstiftung Aufarbeitung, u. Ralph Eue, Filmpublizist u. Programmchef DOK Leipzig; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

3.9. (Di), 18.00 Uhr:

Ein empfindsamer Poet und streitbarer Geist, Germanistin und Kunsthistorikerin Gisela B. Adam hält ihren Vortrag zum 1. Todestag von Ulrich Schacht; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin



3.9. (Di), 18.00 Uhr:

Kerze und Gewehr. Die Revolution zwischen Friedfertigkeit und Gewalt, im Rahmen der Reihe „Schwerpunkt #RevolutionTransformation“; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.9. (Do), 17.00 Uhr:

Jugend im Herbst 89. Was ist aus dem Geist der Revolution und unseren Träumen geworden? Ref. Michael Fischer-Art, Pop-Art-Künstler, Bernd Stracke, ehem. Mitglied d. Punkband „Wutanfall“, Perdita Suarez, Pfarrerin, Ulrike Kettenacker-Birkner, Pfarrerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Ditt-richring 24, 04109 Leipzig

11.9. (Mi), 18.00 Uhr:

Die Stasi im Kinderzimmer, Filmpräsentation; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

13.9. (Fr), 18.00 Uhr:

Lange Filmmacht der Friedlichen Revolution, im Rahmen der Reihe „Schwerpunkt #RevolutionTransformation“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

17.9. (Di), 18.00 Uhr:

Heimatwrr, Hans-Henning Paetzke (Ungarn), ehemaliger Cottbus-Häftling, Autor und bekannter Übersetzer, stellt den zweiten Teil seiner autobiographischen Trilogie vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

24.9. (Di), 18.00 Uhr:

Open Memory Box: **Die DDR auf Schmal-film**, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Leibnitz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Vorankündigung

26./27. September 2019:

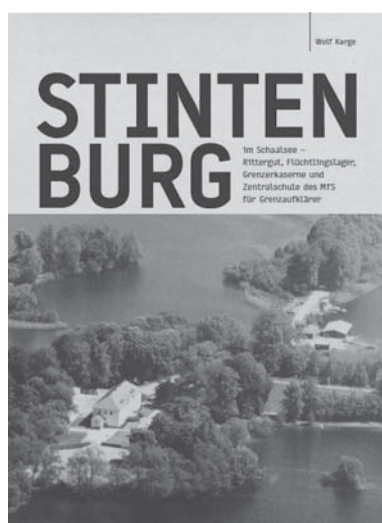
XXIII. Theodor-Litt-Symposium „Bildung in Demokratie und Diktatur – Bilanz und Perspektiven 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution“ im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig; Anmeldung bis zum 24. August bei Deutsche Gesellschaft e.V., Dr. Heike Tuchscheerer, Tel. (030) 88 41 2-254, E-Mail heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de

die Zustände im SED-Staat zu berichten. Hier ließe sich eine ganze Reihe weiterer Namen wie Klaus Bölling, Günter Gaus, Peter Merseburger nennen. Ich möchte nur noch ein Erlebnis anführen, das ich im Oktober 1972 an einem Kasseler Gymnasium hatte. In der Aula referierte ich vor den Oberklassen über DDR-Literatur und wurde anschließend vom Fachlehrer für Deutsch und vom Schullektor als „Entspannungsfeind“ beschimpft. Als ich meine drei Jahre im Zuchthaus Waldheim erwähnte, rief der Deutschlehrer: „Das sind doch nur Einzelfälle!“ So kann man es auch sehen!

Jörg Bernhard Bilke

Stintenburg

(VT) Daß sich auf der Insel Stintenburg im Schaalsee nahe der innerdeutschen Grenze von 1973 bis 1988 die Zentralschule für Grenzaufklärer des MfS befand, blieb den wenigen im Sperrgebiet verbliebenen Anwohnern weitgehend verborgen. Die Spezialausbildung von Eliteeinheiten für die Grenztruppen der DDR wurde von der Stasi konspirativ organisiert. Die Zugehörigkeit sollte selbst für die ausgebildeten



.....
Wolf Karge: *Stintenburg im Schaalsee. Rittergut, Flüchtlingslager, Grenzkaserne und Zentralschule des MfS für Grenzaufklärer*, Schwerin 2019, 80 S., Schutzgebühr 6,- €; Bezug über Landesbeauftragte M-V für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tel. (03 85) 73 50 06, E-Mail post@lamv.mv-regierung.de
.....

Grenzsoldaten nicht erkennbar sein. Dieses Kapitel in der Geschichte von Schloß und Insel Stintenburg ist verbunden mit der Perfektionierung eines perfiden Grenzregimes. Wolf Karge beschreibt anhand vielfältiger Quellen die Geschichte der Insel und des Schlosses.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Bartmuß, Uwe Behne, Klaus Buchin, Dr. Wolf Erler, Martina Gefrörer, Anita Goßler, Michael J. Lange, Guido Maier, Peter Menzel, Udo u. Ursula Schulz, Roland Steinbach, Rudolf u. Margarete Walther, Frank Wiebeck

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Zusammenkommen ist ein Beginn,
Zusammenbleiben ist ein Fortschritt,
Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.

Henry Ford

Da lacht der Klassenfeind

„Ferner sind ihre Kontakte in der Schule auszunutzen, da sie besonders auch mit den Schülerinnen engere Verbindungen eingeht. So hat sie schon Schülerinnen zu sich nach Haus eingeladen und kann daher negative Jugendliche mit aufklären.“

MfS AIM 17632/82

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 22. Juli 2019

